

Sozialistische Arbeiter Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Der Faschismus klopft an die Regierungstür

Reichswehr und Hitler einig

Osaf Röhms besucht Herrn von Schleicher

Das Haupthindernis gefallen

Die beiden Besuche, die Adolf Hitler auf Veranlassung des Reichspräsidenten v. Hindenburg dem Chef des Ministeramts Reichswehrgeneral v. Schleicher, abgestattet hat, haben im Laufe dieser Woche ihre Ergänzung gefunden durch einen Besuch, den Hitlers Stellvertreter als Führer der S.A., Hauptmann Röhms, im Reichswehrministerium machte. Dieser Besuch hatte den Zweck, Verhandlungen über die künftige Stellung der S.A. einzuleiten, nachdem Hitlers Zusage über die vollkommene Loyalität seiner Partei gegenüber der Reichswehr die Voraussetzungen für künftige Zusammenarbeit geschaffen hatte.

Eine Nachricht der „Zeit-Notizen“, die davon berichtete, daß die S.A. Hitlers u. a. als Werkspolizei im Ruhrrevier Verwendung finden sollte, war von Severing, zugleich auch vom Minister Groener prompt dementiert worden.

Es ist jetzt die Frage angebracht, ob die Behörden nach dem neuerlichen Besuch des Hitlerschen Repräsentanten im Reichswehrministerium ihr Dementi aufrechterhalten wollen.

Jedenfalls zeigt der Besuch Röhms, daß die Zusammenarbeit in vollem Gange ist und daß bereits das bedeutsamste Hindernis für eine Regierungsbeteiligung der Nationalsozialisten, nämlich der Gegensatz zwischen Reichswehr und Nationalsozialisten, gefallen ist.

Kurzer „Arbeitsfrieden“

Kündigung des Lohnabkommens für die sächsische Textilindustrie.

Chemnitz, 21. November.

Das Lohnabkommen für die westsächsische Textilindustrie vom 6. November 1931 ist von Arbeitgeber- sowie von Arbeitnehmerseite zum 31. Dezember 1931 gekündigt worden.

Stiegende Arbeitslosigkeit in Oesterreich

Wien, 20. November.

In der ersten Novemberrhälfte ist die Zahl der unterstützten Arbeitslosen in Oesterreich um rund 22 800 auf 250 955 gestiegen.

Dem Kapital geopfert

Doncaster (Grafschaft York), 21. November.

Nach den letzten Feststellungen wurden bei der Explosion im Kohlenbergwerk Bentley 17 Mann getötet und 26 verletzt.

*

Von den bei der Explosion im Kohlenbergwerk Bentley verletzten Bergleuten sind mehrere gestorben, so daß sich die Gesamtzahl der Toten jetzt auf 24 beläuft.

Selbstmörderische Politik

Grumbachs Urteil über die deutsche Sozialdemokratie

Bei der außenpolitischen Debatte in der französischen Kammer hat der auch in Deutschland bekannte französische Sozialist Grumbach nach dem Bericht des Wolfbüro u. a. auch die Haltung der deutschen Sozialdemokratie gestreift.

„Die Sozialdemokraten in Deutschland“, so heißt es da, „betrieben eine fast selbstmörderische Politik, um Deutschland zu retten“.

Nie wohl hat Grumbach ein wahreres Wort gesprochen! Wenn man die Jahre sozialdemokratischer Politik seit 1914 und mehr noch seit 1918 Revue passieren läßt, so war das, wie selbst ein Blinder sehen muß, ein fortgesetzter Selbstmord gewesen. Aber es war auch — und das ist das Entscheidende — Mord an den Interessen der gesamten Klasse. Denn die Klasse, sie trat für die Sozialdemokratie von Jahr zu Jahr mehr in den Hintergrund. Diese Partei wurde von Jahr zu Jahr „nationaler“, orientierte sich wieder mehr und mehr an ihren Kriegserinnerungen. Ihre Parole war nicht mehr, „die Internationale, sie wird die Menschheit sein“, ihre Parole war „Deutschland, Deutschland über alles“.

Ob Frankreich, wie Grumbach meint, Grund hat, „den deutschen Sozialdemokraten dankbar zu sein“, das mag Frankreich entscheiden. Das deutsche Proletariat jedenfalls hat keinen Grund, dankbar zu sein,

Die „Seelsorger“ wittern Sturm

Die Kirche wird ernten, was das Zentrum gesät hat.

Bochum, 21. November.

In einer Groß-Bochumer Dekanats-Konferenz wurde im Beisein und unter Billigung des Paderborner Erzbischofs Dr. Kaspari Klein zum Lohnstreit im Ruhrbergbau eine Entschloßung gefaßt, in der es u. a. heißt: „Ohne uns in die Einzelheiten der Lohngestaltung im Ruhrbergbau und in den akut gewordenen Lohnstreit einzumischen, stellen wir auf Grund unserer Beobachtungen und Erfahrungen fest,

daß die Lage unserer Bergarbeiterfamilien durch Lohnherabsetzungen, Feierschichten und Stilllegungen bereits eine kaum mehr tragbare Verschlechterung erfahren hat.

Die als „vorsorgliche“ Maßnahme ausgesprochene Massenkündigung der Einzelarbeitsverträge wird von unseren Bergarbeitern als Vorbereitung einer unfriedlichen Lösung des Lohnstreits empfunden. Zwar werden wir die Notwendigkeit friedlicher Verständigung über notwendige Maßnahmen stets anerkennen, jedoch warnen wir, getragen von dem Bewußtsein unserer Verantwortung für die unserer Seelsorge Anvertrauten im Hinblick auf eine wachsende Radikalisierung der Bevölkerung des Ruhrgebietes auf das eindringlichste vor jedem einseitigen Schritt, der unübersehbare schlimme Folgen nach sich ziehen könnte. Wir bitten daher alle in Betracht kommenden

oder sich gar zu dieser „Politik der Erhaltung“ zu beglückwünschen. Denn erhalten hat die deutsche Sozialdemokratie durch ihre Politik die Macht der kapitalistischen Klasse, erhalten und gefördert hat sie die Uebermacht des Militarismus; ihrer Politik des Ausweichens, der Schwäche und des Verzichts auf Klassenkampf hat Herr Hitler zum größten Teil seinen Aufstieg zu verdanken. Denn wäre nur, wie Grumbach entschuldigend meint, die Wirtschaftskrise die Ursache, so ist doch auch diese Wirtschaftskrise von der Sozialdemokratie durch ihre „Toleranz- und Tolerierungspolitik mit zu verantworten. Und daß diese Wirtschaftskrise nicht den Anstoß gegeben hat, zu einem gewaltigen Aufstieg der proletarischen Massen, zu einer Revolutionierung der Geister, ihrer Gewinnung für den wahren Sozialismus statt für den Lumpen-„Sozialismus“ eines Hitler — dürfte doch wohl der stärkste Schuldbeweis gegen die sozialdemokratische Politik des Alleserduldens sein.

Selbstmörderische Politik — ja, das war es und nichts anderes. Damit aber die Klasse wieder aufsteigen kann, muß dieser selbstmörderischen Politik ein Ende gemacht werden, muß die Sozialdemokratie ihrem Schicksal überlassen bleiben, das sie selbst gewollt hat. Die proletarische Klasse hat keinen Grund, Selbstmord zu begehen, und deshalb ist der Platz klassenbewußter Proletarier nicht bei der Sozialdemokratie, sondern bei der SAP!

Instanzen, die Verbände und die staatlichen Behörden, zur Verhütung dieser Gefahr alles zu tun, was der schwer geprüften Bevölkerung des Ruhrkohlengebietes eine neue unheil-drohende Kraftprobe zu ersparen geeignet ist.“

Diese schönen Worte täuschen darüber nicht hinweg, daß es die Partei des Prälaten Kaas ist, die das reaktionärste Kabinett der Republik stellt, und daß es die christlichen Gewerkschaftler Brüning und Stegerwald sind, die bewußt die Politik des Lohnabbaus treiben.

Ist Hindenburg verhaupft?

Das Ausscheiden der Landwirtschaftsvertreter aus dem Reichswirtschaftsrat scheint den Reichspräsidenten, der an diesem Parlamentsersatz einen besonderen Spaß hat, stark verärgert zu haben. Wenigstens fühlen sich die drei sachverständigen Agrarier zu einer Erklärung veranlaßt, warum sie ihr Austrittsschreiben veröffentlicht hätten. Sie betonen, daß ihr Schritt „sich in keiner Weise gegen den Herrn Reichspräsidenten“ richte und fahren dann fort: „Wir bedauern die Heranziehung der Person des Herrn Reichspräsidenten in die amtliche Erklärung auf das Schmerzlichste.“ Im übrigen wiederholen sie die von uns bereits gestern gemeldeten Vorwürfe gegen die Reichsregierung, insbesondere wegen der Osthilfe-Notverordnung.

Ende des Warschauer Straßenbahnerstreiks. Der Warschauer Straßenbahnerstreik ist am Sonnabend beendet. Der Verkehr ist wieder voll aufgenommen worden.

Der Unterschied

Von

Max Seydewitz

In einer Versammlung der SPD hat der Parteivorsitzende der Sozialdemokratischen Partei, Otto Wels, kürzlich den die ganze Politik der Sozialdemokratie charakterisierenden Satz geprägt, daß die Arbeiterklasse erst wieder kämpfen könne, wenn die Zeit der Prosperität wieder da ist. Dieses Bekenntnis von Wels weist treffend auf den tiefgehenden grundsätzlichen Unterschied hin, der zwischen der SPD und SAP besteht.

Gleich nach der Gründung der Sozialistischen Arbeiterpartei wurde von der sozialdemokratischen Presse die Meinung verbreitet, daß der einzige Unterschied, der zwischen SPD und SAP bestehe, die verschiedene Beurteilung der Tolerierungspolitik sei und daß in dem Augenblick, in dem die Sozialdemokratie die Tolerierungspolitik aufgäbe, die SAP keine Existenzberechtigung mehr habe. Ganz abgesehen davon, daß die SPD von dieser Tolerierungspolitik nicht loskommt (weil sie grundsätzlich auf dem Standpunkt steht, daß die Arbeiterklasse in dieser Krise nicht kämpfen, sondern nur dulden kann), bestehen zwischen den beiden Parteien tiefgehende grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten, von deren Vorhandensein der Unterschied in der Beurteilung der Tolerierungspolitik nur ein äußerlich sichtbarer Beweis ist.

Dieser grundsätzliche Unterschied zwischen SPD und SAP besteht in der Verschiedenheit der Beurteilung der gegenwärtigen ökonomischen Situation und in den Schlußfolgerungen, die aus dieser Beurteilung für die von der Arbeiterklasse in dieser Krise zu erfüllenden Aufgaben gezogen werden. Um den Gegensatz klarer noch hervortreten zu lassen, wählen wir absichtlich scharf zugespitzte Formulierungen für die verschiedenen Auffassungen. Die SPD vertritt, gestützt auf Hilferding und Naphthali, die Auffassung, daß die gegenwärtige Krise trotz aller Schärfe und Dauerhaftigkeit im Grunde genommen doch nur eine der üblichen Konjunkturkrisen im kapitalistischen System ist, die es im Kapitalismus immer gegeben hat, und die unter Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems vom Kapitalismus mit den üblichen normalen Mitteln wieder überwunden wird. Ausgehend von diesem Glauben an den Kapitalismus sagt die Sozialdemokratie, daß die Arbeiterklasse in dieser Krise nicht erfolgreich kämpfen und jetzt nichts anderes tun könne, als dulden, tolerieren, durchhalten und abwarten, bis der Kapitalismus diese Krise der Wirtschaft überwunden und den Zustand der Prosperität geschaffen habe, der der Arbeiterschaft wieder die Möglichkeit gibt zum offensiven Kampf um Reformen, um die Zurückgewinnung des in der Krise verlorenen Terrains. Diese Darstellung offenbart das wahre Wesen der heutigen Sozialdemokratie, sie ist nur noch eine reformistische Partei, die der Meinung ist, daß die Arbeiterklasse nicht kämpfen kann, wenn der Kampf-

Brünings SOS-Ruf

Das deutsche Memorandum

Böden für Kämpfe um Reformen ungünstig ist, und die hoffnungslos auf die Zeit wartet, in der der Kampf um Reformen wieder mit Erfolg möglich scheint.

Die Auffassung der Sozialdemokratie ist von Grund auf falsch: sie wäre vielleicht noch diskutabel, wenn die Voraussetzung für die gegenwärtige sozialdemokratische Politik, wenn die Beurteilung der gegenwärtigen ökonomischen Situation richtig wäre. Wir sind im Gegensatz zu der Sozialdemokratie der Meinung, daß die Krise, unter der heute insbesondere das Proletariat leidet, keine der normalen Konjunkturkrisen mehr ist, sondern bereits eine Krise des kapitalistischen Systems in der Niedergangsepoche des Kapitalismus, und daß die Auswirkungen der Krise für das Proletariat eine Dauererscheinung sein werden, so lange der Kapitalismus noch herrscht. Ist diese Krise aber im kapitalistischen System eine Dauererscheinung, so tritt der Zeitpunkt, auf den die Sozialdemokratie für den Wiederbeginn ihres Kampfes von Monat zu Monat schon vergeblich wartet, nicht ein und die Zahl der hoffnungslos und enttäuscht beiseite tretenden Proletarier wird größer mit jedem Tag vergeblichen Wartens. Wir ziehen aus dem Erkenntnis, daß diese Krise eine Dauerkrise ist, die einzige mögliche Schlußfolgerung, daß die Arbeiterklasse in dieser Krise den offensiven Kampf organisieren und führen muß, daß sie die Krise ausnützen und auswerten, muß zum Sturz der kapitalistischen Klassenherrschaft. Nicht abwarten, sondern kämpfen ist die Aufgabe der Arbeiterklasse in dieser Krise. Wir wollen den Kapitalismus nicht wieder gesund machen, um dann die zweifelhafte Möglichkeit für den Kampf um Reformen zu bekommen, sondern wir wollen mit dem in dieser Krise sich entwickelnden revolutionären Kampf der Arbeiterklasse das kapitalistische System stürzen, nach dessen Sturz erst die Ueberwindung dieser Krise für die Arbeiterklasse möglich ist.

Der grundlegende Unterschied zwischen SAP und SPD besteht eben darin, daß die Sozialdemokratie eine hoffnungslos reformistische Partei geworden ist, die Möglichkeiten für den revolutionären Kampf der Arbeiterklasse nicht mehr sieht, die nur noch an den Kampf um Reformen glaubt und die in sträflicher Passivität auf den unsichtbaren Zeitpunkt wartet, an dem erfolgreicher Kampf um Reformen wieder möglich ist. Demgegenüber will die SAP als revolutionäre Klassenkampfpartei die Arbeitermasse in dieser Krise sammeln zum aktiven Kampf gegen Faschismus und Kapitalismus, für den Sturz der kapitalistischen Klassenherrschaft, und je mehr die nur-reformistische Rolle der SPD vor den Massen klargestellt wird und je eher es gelingt, die SAP zu der Massenpartei des klassenbewußten Proletariats zu machen, um so eher wird die Arbeiterklasse aus der jetzigen Defensiv-Stellung zu dem offensiven Kampf übergehen können, die dem Proletariat wieder Erfolge, Glauben und Kraft für den Kampf um den Sieg gibt.

Bütteldienst für Mussolini

Vor dem Prozeß gegen Bassanesi.
Konstanz, 20. November.
Die Erhebungen in der Antifaschisten-angelegenheit sind bereits abgeschlossen. Der Prozeß gegen Bassanesi, Tarchiani und Rosselli, der sich hauptsächlich auf Paragraph 102 (Zwischenhandlung gegen die Interessen einer verbündeten Macht) stützen wird, wird eingeleitet, sobald der italienische Antrag dazu vorliegt. Die übrigen Vergehen spielen nur eine nebensächliche Rolle. Der Engländer Tiberio Kferraro, der als Kraftwagenführer und Flugzeugmechaniker mitgenommen worden war, ist inzwischen auf freien Fuß gesetzt worden, da seine Mitbeteiligung nicht nachgewiesen werden konnte.

„Zwischenhandlung gegen die Interessen einer verbündeten Macht? Gewiß, die Hitlerbanditen fühlen sich mit dem Mörder Matteotti verbündet, mag er ihnen so viel Fröhlichkeit versetzen, wie er will. Aber sonst haben wir wohl einmal etwas davon gehört, daß ein Dreieck bestanden aus einem neuen Bündnis Deutschland — Italien jedoch ist uns nichts bekannt. Daß unsere Katastrophenpolitiker in Blutrausch und Revanchestimmung davon träumen, sollte doch vorläufig noch eine Privatangelegenheit, nicht aber eine offizielle Regierungssache sein. Oder gibt es etwa Geheimabkommen, von denen die Herren Staatsräuber nichts wissen? — So oder so, der Bütteldienst für Mussolini, auch wenn er sich juristisch begründen lassen sollte, wird dem Ansehen der deutschen Republik gewiß nicht zuträglich sein. Aber was, mag mancher da denken, ist da noch zu verlieren?“

Wiederaufnahme der Warschauer Hochschulvorlesungen. Die Rektorenkonferenz der Warschauer Hochschulen hat beschlossen, die Vorlesungen am Sonnabend, dem 21. November wieder aufzunehmen.

Das von der Reichsregierung am Freitag abgegangene Reparationsmemorandum schildert eingangs die Entwicklung der letzten Monate von der Hoover-Botschaft, deren Versagen festgestellt wird, bis zur Londoner Konferenz und zum Baseler Stillhalteabkommen. Die Note fährt dann wörtlich fort:

So wichtig alle diese Maßnahmen waren, um eine schnelle Erleichterung zu schaffen, so waren sie doch ihrem ganzen Charakter nach nur vorbereitender Natur. Die Londoner Konferenz selbst hat in ihrer Schlußerklärung festgestellt, daß die empfohlenen Maßnahmen nur ein erster Schritt sind, und daß sie die Grundlage für eine Aktion von weitreichender Bedeutung bilden sollten. Dementsprechend hat auch den Sachverständigen, die an der Durchführung der Londoner Empfehlungen mitgearbeitet haben, der vorläufige Charakter aller dieser Maßnahmen stets vor Augen gestanden. So heißt es in dem Stillhalteabkommen, daß die Vertragsparteien die darin vorgesehene Regelung nur „bis zur Herbeiführung einer dauerhaften Lösung für das Problem der kurzfristigen Verschuldung Deutschlands getroffen haben“. Ebenso schließt der Bericht des Baseler Sachverständigenausschusses mit der dringenden Mahnung an die beteiligten Regierungen, „keine Zeit in der Ergreifung der notwendigen Maßnahmen zu verlieren, um eine Lage zu schaffen, die es ermöglicht, Finanztransaktionen durchzuführen, die Deutschland und damit der Welt die so dringend benötigte Hilfe bringen.“

In den seither vergangenen Monaten hat sich die wirtschaftliche und finanzielle Lage Deutschlands aufs äußerste zugespitzt.

Die Tatsachen, die diese Lage kennzeichnen, sind allgemein bekannt. Auch in anderen Ländern hat der Druck der Krise zu den ernstesten Erscheinungen geführt. Die Welt ist sich in steigendem Maße klar geworden über den inneren Zusammenhang der verschiedenen durch die Lage aufgeworfenen finanziellen Teilprobleme und über die Notwendigkeit, sie alsbald in ihrer Gesamtheit in Angriff zu nehmen. Bei den Ueberlegungen, in welcher Form diese Aufgabe am besten zu behandeln sei, ist letztlich der Gedanke in den Vordergrund ge-

Es geht auch uns an!

Ein Wort zum deutschen Memorandum

† Berlin, 21. November.

Es wäre verführerisch, die kommenden Verhandlungen in Basel nur unter dem Gesichtspunkt zu beraten, daß es sich um eine Angelegenheit zwischen Kapitalisten und kapitalistischen Regierungen handelt. Dabei würde man jedoch vergessen, daß unter den gegebenen Umständen es zuletzt immer das Proletariat ist, das die Lasten tragen muß, die die Dummheit und „Geschäftstüchtigkeit“ der politischen und wirtschaftlichen Dirigenten verschuldet. Im Schuldenmachen sind die Herren bekanntlich groß, das Bezahlen überlassen sie „den anderen“. Wir haben es erlebt im und nach dem Krieg, wir haben es erlebt beim Ruhrabenteuer, und wir werden es solange erleben, bis es dem Proletariat gelungen ist, die Machtverhältnisse in den einzelnen Staaten zu wandeln, eine wirkliche soziale Revolution durchzuführen. Bis dahin aber muß die internationale Arbeiterschaft, und in diesem besonderen Fall vor allem die deutsche, die Abmachungen der kapitalistischen Geschäftsträger aufs schärfste kontrollieren und gegebenenfalls ihr Veto einlegen.

Wie liegen die Dinge? Die deutsche Wirtschaft hat auf Teufel komm heraus Schulden gemacht. Sie hat sich „sanieren“ und gleichzeitig eine neue Pleite inszeniert. Sie will los von den Reparationen. Das ist ihr Hauptziel. Sie hat versucht, Amerika und England, die Hauptgläubiger, gegen Frankreich auszuspielen, die ungeschützten Zahlungen, d. h. die nach dem Youngplan unter allen Umständen zu zahlenden, durch die Handelschulden einfach erdrücken und beseitigen zu lassen.

So standen die Dinge bis zum Besuch Lavals in Amerika. Da aber zeigte sich, daß die erträumte Isolierung Frankreichs zwar in deutschen Zeitungen, nicht aber in Wirklichkeit bestand; daß im Gegenteil das Nachbarland in jeder Beziehung heute als Großmacht anzusprechen ist. Man hat sich vor einigen Monaten von Paris nach London geflüchtet. Man ist gezwungen gewesen, den Weg nach Paris zurückzusuchen. Das deutsche Memorandum für die Einberufung des beratenden Sonderausschusses ist die Kapitulation Deutschlands vor den unausweichlichen Tatsachen.

Es ist entstanden nach einer vorläufigen Einigung mit Frankreich. Der deutsche Standpunkt geht klar hervor aus dem letzten Teil dieser Note, wo festgestellt wird, daß die Voraussetzungen des Youngplans „der gegenwärtigen Sachlage nicht gerecht werden, daß die Zahlungsfähigkeit Deutschlands in ihrer Gesamtheit geprüft werden müsse. Mit dieser Einbeziehung der privaten Verschuldung Deutschlands

treten, zunächst den Beratenden Sonderausschuß einzuberufen.

Da nach dem System des Neuen Planes die Einberufung des Beratenden Sonderausschusses von einem Antrag der Deutschen Regierung abhängt, hat sich die deutsche Regierung zu diesem Antrag entschlossen, damit ihrerseits alles geschieht, was den Weg zu umfassenden gemeinsamen Maßnahmen der Regierungen eröffnen kann.

Nach dem Neuen Plan ist für diesen Antrag die Erklärung der Deutschen Regierung erforderlich, daß „sie in gutem Glauben zum Schluß gekommen ist, daß die Währung und das Wirtschaftsleben Deutschlands durch den teilweisen oder vollständigen Transfer des aufschiebbaren Teiles der Annuitäten ernstlich in Gefahr gebracht werden könnten“. Indem die Deutsche Regierung diese Erklärung abgibt, muß sie zum Ausdruck bringen, daß eine solche Erklärung

der gegenwärtigen Sachlage nicht gerecht wird. Seit der Aufstellung des Neuen Planes ist die wirtschaftliche und finanzielle Lage in der Welt, insbesondere in Deutschland, durch eine Krise ohne gleichen vom Grund auf geändert worden. Da der Neue Plan dem Beratenden Sonderausschuß die Aufgabe zusteht,

die Lage unter allen Gesichtspunkten zu prüfen,

muß der Ausschuß das Problem in seiner Gesamtheit und unter Berücksichtigung aller seiner Faktoren prüfen und hierbei insbesondere berücksichtigen, daß die Frage der privaten Verschuldung Deutschlands rechtzeitig vor Ende Februar nächsten Jahres neu geregelt sein muß, und zwar durch eine Vereinbarung, die zwischen ausländischen Gläubigern und deutschen Schuldern zu treffen ist.

Da die gegenwärtigen Verhältnisse die größte Beschleunigung der zu treffenden Maßnahmen erfordern, schlägt die Deutsche Regierung vor, daß der Beratende Sonderausschuß unverzüglich zusammentritt, und daß er seine Arbeiten so schnell als möglich erledigt, damit schon in nächster Zeit eine Konferenz derjenigen Regierungen stattfinden kann, die für die alsdann zu fassenden Entschlüsse zuständig sind.

Berlin, den 19. November 1931.

ist aber, wie wir auch bereits betont haben, noch keineswegs die Kombination der beiden Faktoren ausgesprochen, es steht im Gegenteil fest, daß von französischer Seite die genaue Abgrenzung der beiden Fragen verlangt und wohl auch durchgeführt werden wird. Das heißt nicht, daß man nicht zu einer Vereinbarung kommen könnte, wohl aber, daß eine Ausschaltung der Zahlungspflicht für die Reparationen, wenigstens soweit es den ungeschützten Teil (600 Millionen Mark) angeht, nicht zu erzielen sein wird. Dagegen liegt es durchaus im Bereich der Möglichkeit, gemeinsam mit den anderen Schuldnerstaaten USAs um eine Reduzierung der Kriegsschulden bei

Der Wirtschaftsbeirat löst sich auf

Auch die Gewerkschaften machen nicht mehr mit.

Der Wirtschaftsbeirat ist für Sonntag zu einer Vollsitzung einberufen worden. Die Reichsregierung will dem Beirat in dieser Sitzung ihre „Leitsätze“ vorlegen und den letzten Versuch machen, eine Einigung herbeizuführen. Der Reichskanzler wird die Notwendigkeit der Preissenkung betonen, aber die Forderung einer weiteren Lohnsenkung erheben. Auch eine neue Senkung der öffentlichen Gehälter wird in Erwägung gezogen werden.

Man spricht davon, daß die Gewerkschaftsvertreter zwar nicht vor dieser Vollsitzung aus dem Wirtschaftsbeirat ausscheiden werden, aber in Ablehnung der für sie unerträglichen „Leitsätze“ des Brüning-Programms ihre Auffassung in einer besonderen Gegenklärung niederlegen werden.

Japan verhöhnt den Völkerbund

Brutale Ablehnung eines Waffenstillstandes

In Paris wird verhandelt, Japan rückt weiter vor in der Mandchurei. Man unterhält sich darüber, ob eine Delegation des Völkerbundes entsandt werden darf oder nicht. Die Japaner halten das ganze Gremium offenbar hin. Sie geben beruhigende Erklärungen ab, daß die Mandchurei bald geräumt werde — und rücken weiter vor. Bei Litwinoff hat der japanische Botschafter Hirota gesprochen und hat versichert, daß die russischen Interessen natürlich in keiner Weise beeinträchtigt werden. Eine ähnliche Erklärung hat der Stellvertreter des japanischen Außenministers abgegeben. Der wahren Zustand der Dinge aber enthält die folgende Meldung aus Tokio:

Der japanische Vertreter in Paris hat die Weisung erhalten, jeden Vorschlag eines

Waffenstillstandes in der Mandchurei abzulehnen, da ein solcher nur gemacht werden könnte, wenn ein Kriegszustand bestünde. Ferner würde er es den Chinesen ermöglichen, Streitkräfte von mehr als 200.000 Mann gegen 15.000 Japaner zusammenzuführen, und Japan verhindern, sich gegen Soldaten- und Räuberhorden zu verteidigen.

Der Räuber macht sich lustig, er spielt den harmlosen Gendarm und „Ordnungshüter“. Krieg? Jawohl! Japan macht einen militärischen Suizidgang in der Mandchurei, das ist alles. Der Krieg ist nicht erklärt, von keiner Seite, und solange er nicht erklärt ist, gibt es auch keine, weil nicht sein kann, was nicht sein darf. Blutiger Hohn in einer blutigen Tat.

Wenn die großen proletarischen Organisationen jetzt wieder schweigend beiseite stehen, oder sich gar in eine nationale Einheitsfront entspannen lassen, so wird jede Regelung, wie immer sie ausfallen mag, und ebenso jedes Scheitern der Konferenz mit voller Sicherheit auf die Arbeiterschaft und ihren Lebensstandard, der schon mehr im Sinken begriffen ist, noch mehr herunterdrücken, das deutsche Proletariat noch mehr verenden.

Hier kann also ein gutes Stück positiver Arbeit geleistet werden, Arbeit in durchaus klassenkämpferischem Sinn, Arbeit gegen das Kapital, das sich so schamlos auf Kosten der Gesamtheit bereichert hat, um dann die Beute in noch schamloserer Weise durch Unfähigkeit, gepaart mit bösem Willen, zu verprassen. Die Herren sollen nun endlich einmal grade stehen! Aber sie werden es freilich nur tun, wenn sie dazu gezwungen werden, wenn die deutsche Arbeiterschaft sich nicht scheut, das nationale Kapital vor aller Welt an den Pranger zu stellen und sein Recht mit allen Mitteln zu verteidigen.

Die sozialen Einrichtungen Wiens in Gefahr

Eine Frucht der Kompromißtaktik

Der Vorschlag der Gemeinde Wien für 1932 weist einen erheblichen Rückgang an Steuereinnahmen gegenüber dem Vorjahre auf. Die Abgabenerträge anteilig sind von 144,4 Millionen Schilling auf 99,57 Millionen, die Gemeinde- und Landesabgaben von 201.800.102 auf 174.185.000 Schilling zurückgegangen. Die Ursache dafür dürfte neben der Wirtschaftskrise in dem Kompromiß zu suchen sein, das die Gemeinde mit dem Staat abgeschlossen hat, und auf Grund dessen die Gemeinde erhebliche Beträge an die Staatskasse abzuführen hat. Damit ist die finanzielle Selbständigkeit Wiens, das nicht den Charakter einer Gemeinde, sondern staatsrechtlich den eines Landes hat, weitgehend aufgehoben. Die Folge der rückläufigen Steuereinnahmen ist notwendig die Kürzung der sozialen Aufwendungen, besonders der Wohnbautätigkeit.

Auch in Wien rächen sich die sozialdemokratischen Kompromisse und zwar, wie bei uns, an der arbeitenden und sozial bedürftigen Bevölkerung.

In Lima (Peru) kam es zu größeren Unruhen, als der frühere Präsident Leguia zu Verhandlungen über die Operation von dem Gefangen in das Hospital gebracht wurde. Die Polizei mußte gegen die Menge vorgehen und erschoss sieben Personen.

Die deutsche Novemberrevolution

Von Georg Ledebour

8. Fortsetzung

9. Wie gegen den sozialistischen Revolutionsieg die kapitalistische Reaktion einsetzte.

Wie vollständig der Sieg der sozialistischen Revolution in Deutschland am 9. November war, geht daraus hervor, daß nicht nur nirgends ein ernstlicher militärischer Widerstand versucht wurde, sondern vor allem daraus, daß die bisherigen monarchistischen und kapitalistischen Machthaber samt und sonders überall die Flaggen strichen, ins Ausland ausrissen, oder sich in die Mauselöcher verkrochen. Wilhelm II. ließ sein geschlagenes Heer am 9. November im Stich und fuhr im Auto nach Holland, um sich dort vor seinen bisherigen Untertanen in Sicherheit zu bringen. In einem Abschiedsbrief an seinen ältesten Sohn beruft er sich für die Notwendigkeit seiner Flucht ausdrücklich darauf, daß „Berlin vollständig in den Händen der Sozialisten“ sei.

Ludendorff, bis vor kurzem noch der maßgebende Generalstabschef Hindenburgs nicht nur, sondern auch entscheidende Autorität für die Leitung der auswärtigen Politik, ließ sich einen falschen Paß ausstellen auf den Namen Lindström, maskierte sich mit einer blauen Brille und dampfte nach Schweden ab.

Mit diesen grotesken Ausreißmanövern der monarchistischen Oberbanen harmoniert es trefflich, wie deren dienstbeflissene Handlanger überall sich den neuen Machtverhältnissen anzupassen suchten. Löschte doch die „Kreuzzeitung“, das durch und durch reaktionäre Organ der preußischen Junker, schleunigst in ihrem Firmenschild den Spruch: „Mit Gott für König und Vaterland!“

In der ganzen Weltgeschichte ist sonst nicht bekannt, daß eine bankrotte Ausbeutersippe so schmählich zu Kreuze gekrochen ist wie 1918 in Deutschland, die nämliche Sippe, die heute, von neuem großgepöppelt, es wagen darf, die Sozialisten zu verhöhnern als „marxistischen Mob, der sich in seine Schlupfwinkel verkrochen hat“.

Es ist aber auch deshalb notwendig, an diesen völligen Zusammenbruch zu erinnern, weil auch daraus hervorgeht, daß damals in Deutschland mindestens so gut wie in Rußland die Sozialisierung hätte in Angriff genommen werden können.

Ich wies schon darauf hin, daß gerade die unverantwortliche Vereitelung des Losschlages am 2. November erst den Revolutionshassern vom Schlage Eberts die Möglichkeit gegeben hat, sich in die Macht hineinzuschmuggeln.

Als ich am 9. November nachmittags nach dem Reichstag zurückkehrte, stieß ich dort bereits auf eine veränderte Situation. Außer Dittmann hatten bereits einige andere Abgeordnete der USP, ohne irgendwelche Rücksichtnahme auf die mit uns verbundenen revolutionären Arbeiter, die doch die eigentlichen Sieger waren, ein Abkommen mit Ebert getroffen, das die ganze exekutive und legislative Regierungsgewalt einer Körperschaft von sechs Volksbeauftragten übertragen werden sollte, drei von der USP, drei von der SPD. Sie hatten dazu ihre beiden Vorsitzenden Haase und Ledebour, sowie vom Spartakusbund Karl Liebknecht in Vorschlag gebracht, außerdem die SPD-Vertreter Ebert, Landsberg und Scheidemann.

Als mir das mitgeteilt wurde, erklärte ich, daß ich das für ein grundverkehrtes, das Sozialisierungsbemühen, das doch unsere Hauptpflicht sei, von vornherein untergrabendes Experiment hielte. Ein Karren, den drei Pferde nach der einen Seite zögen, drei nach der andern, komme unmöglich vom Fleck. Von den

drei SPD-Leuten sei von vornherein die Ablehnung jedwedes ernstlichen Sozialisierungsversuches zu erwarten. Drei gegen drei, das bedeute Ablehnung. Zu den drei von der SPD Benannten hätte ich nach unseren mit ihnen gemachten üblen Erfahrungen nicht das geringste Zutrauen: Ich müsse deshalb den Eintritt in diese geplante Körperschaft der Volksbeauftragten ablehnen. An meiner Stelle wurde dann der Vorsitzende der Revolutionären Obleute Emil Barth vorgeschlagen. Trotzdem seine Stellungnahme eigentlich die gleiche war wie die meine, war die angebotene Würde doch zu verlockend für ihn. Er nahm an.

Auch Karl Liebknecht hat zunächst angenommen. Die gegenteilige Behauptung, die heute noch von einigen Kommunisten kolportiert wird, daß er, wie ich, sofort abgelehnt habe, ist falsch. Es liegt sogar ein von Liebknecht gemeinsam mit Scheidemann unterzeichnetes Regierungsschriftstück vor, in dem der Genosse Dittmann-Hamburg, ein Bruder Wilhelm Dittmanns, ermächtigt wird,

mit einem Militär-Auto nach Kiel zu fahren, um den Genossen Hugo Haase, der dort noch tätig war, nach Berlin zu holen. Liebknecht wurde erst nachträglich durch seine Spartakus-freunde bestimmt, am folgenden Tag die Forderung zu stellen, daß die gesamte exekutive und legislative Macht nicht dem Rat der Volksbeauftragten, sondern dem Arbeiter- und Soldatenrat übertragen werden solle. Als das abgelehnt wurde, weigerte auch er sich, in den Rat der Volksbeauftragten einzutreten. An seiner Stelle wurde dann Wilhelm Dittmann benannt, der annahm.

Als der Genosse Haase am andern Tag zurückkam, hatte auch er zunächst ähnliche Bedenken wie ich, ließ sich dann aber überreden, die Wahl anzunehmen.

So stand die Sache also am Morgen des 10. November. Dem am nämlichen Tage zu wählenden Arbeiter- und Soldatenrat sollten alle die zwischen den Abgeordneten der beiden Parteien vereinbarten Abmachungen zur Genehmigung unterbreitet werden. (Weitere Artikel folgen.)

lungentreue nicht gebunden. Zu ihrer Ehre sei gesagt, daß dies nicht ein Charakterfehler ihrer hunnischen Herkunft war, denn die germanischen Oosterrömer taten dasselbe. Das war vielmehr eine Folge davon, daß die „Nation“, das Volk, den Krieg satt hatte, wie es den ganzen militärischen Mannum satt hat.

Neue Bergwerks-Katastrophe

Doncaster (Grafschaft York), 21. Nov.

In dem in der Nähe von Doncaster gelegenen Bentley Kohlenbergwerk ereignete sich gestern Abend ein schweres Explosionsunglück. Elf Bergleute wurden getötet und vierzig verletzt. Um Mitternacht stand die Grube in Flammen.

*

London, 21. November.

Soweit in den frühen Morgenstunden des Sonnabends bekannt war, sind 17 Bergleute bei dem Grabenunglück in der Bentley-Grube in der Nähe von Doncaster getötet und etwa 30 verletzt worden. Das Unglück entstand durch ein Feuer in einem Augenblick, in dem rund 1000 Bergleute in der Grube arbeiteten. Über 900 Bergleuten gelang es, sich vor den einströmenden Schächtrümpfen zu retten. Am Eingang der Grube warteten große Mengen von Frauen und Kindern.

*

24 Todesopfer!

Doncaster (Grafschaft York), 21. November.

Von den bei der Explosion im Kohlenbergwerk Bentley verletzten Bergleuten sind mehrere gestorben, so daß sich die Gesamtzahl der Toten jetzt auf 24 beläuft.

Vitamin D gefunden

CNB, Kassel, 20. November.

Dem Göttinger Professor Adolf Windaus ist es nach vierjähriger Arbeit gelungen, das Vitamin D, das Anti-Rachitium, in reinem kristallisierten Zustande herzustellen.

Unwetter an der dänischen Küste

Kopenhagen, 20. November.

Der dänische Wetterdienst hat Sturmwarnungen für das ganze Land ausgegeben. Wie aus Thorshavn gemeldet wird, wurden die Farorn Freitag nacht von einem sehr starken Orkan heimgesucht. In Thorshavn selbst sank das größte Farorsche Boot „Ordine“, das mit 60.000 Stück Grönlandorsch an der Raede lag. Auch in Kvalvig warf der Orkan mehrere Fischkutter an Land. Andere Häfen wurden ebenfalls von einem Unwetter heimgesucht. Auf Sudero sind zwei Motorboote gestrandet, viele Häuser wurden beschädigt. In Thorshavn selbst herrschen Überschwemmungen. Die elektrischen Leitungen wurden vom Sturm schwer beschädigt. Nach einem Funkspruch des Farforschens Passagierdampfers „Tjaldur“, der am Freitag in Kopenhagen eintreffen sollte, mußte das Schiff vor dem Unwetter einen Nothafen aufsuchen.

Tankschiff explodiert

San Francisco, 20. November.

Das hier am Pier liegende Gasolin-Tankschiff „Charlie Watson“ explodierte heute aus unbekannter Ursache. Soweit bisher feststeht, sind wenigstens fünf Personen getötet und zehn verletzt worden. Man befürchtet aber, daß sich im Maschinenraum noch weitere Opfer befinden. Die Rettungsarbeiten werden fortgesetzt.

Neue Südpol-Expedition Byrds?

CNB, Brockton (Massachusetts), 20. Nov.

Konteradmiral Byrd teilte heute in einer Rede mit, daß er endgültig im Herbst 1932 zu neuen Forschungen nach dem Südpol fahren wird. Er will versuchen, das Flugzeug wiederzufinden, das er bei der letzten Expedition im Stich lassen mußte.

Steinzeit-Funde in der Schweiz.

Auf einer Hühnergroßfarm in Opfikon-Glattbrugg (Schweiz) fand man ein gemeinsames Grab zweier Steinzeitmenschen. Bei Erarbeiten war man auf ein zugedecktes paläontologisches Steingrab gestoßen, welches mit roten Glarner Schieferplatten eingefaßt und zugedeckt war. Die Skelette sind verhältnismäßig gut erhalten. Als Beigabe fand man im Doppelgrab drei Pfeilspitzen, eine Lanzenspitze, Steinmesser und Steinbeile. Der Fund wurde dem Landes-Museum übergeben.

Aus der Sowjetunion

Nickelfunde — Ein riesiges Hüttenwerk

In Sowjetrußland sind neue große Nickelfunde gemacht worden; u. a. an der mittleren Wolga. In den letzten Tagen bot sich die Gelegenheit, einen amerikanischen Experten zu hören, der aus der Sowjetunion kommt und selbst die Nickelfundstellen besucht hat. Der amerikanische Fachmann bestätigte die Funde und äußerte, daß bei richtiger Ausnutzung dieser Bodenschätze die Sowjetunion nicht nur von dem Auslande unabhängig werden würde, sondern daß sogar mit einem großen Nickerexport aus der Sowjetunion gerechnet werden müsse.

*

Das größte Hüttenwerk der Sowjetunion, „Magnitostroj“ in Magnitogorsk im Uralgebiet, ist nahezu vollendet. Schon vor einem Monat sollte diese „Hoffnung der ganzen Sowjetindustrie“ — so nannte Stalin das Werk — seine Arbeit beginnen. Die Kraftzentrale mit 48.000 kW, die gewaltigen Hochöfen, Maschinen im Werte von 20 Millionen Dollars, importiert aus dem Auslande: alles war bereit. Aber man befürchtete, nicht anfangen zu können, weil nicht genügend qualifizierte Arbeitskräfte vorhanden waren. Nachdem jetzt alle im Lande verfügbaren ausländischen Experten und Arbeiter nach Magnitogorsk berufen wurden, glaubt man den Betrieb aufnehmen zu können. In seinen letzten Reden betonte der Kriegskommissar Woroschilow, wie groß die Hoffnung nicht nur der Metallindustrie, sondern auch der Armee auf Magnitogorsk sei. Magnitostroj soll die Metall- und Kriegsindustrie der Sowjetunion vom Auslande unabhängig machen.

Wallfahrtsindustrie

Im „Reichsanzeiger“ vom 15. September steht folgende Bekanntmachung des Regierungspräsidenten von Düsseldorf: „Der Fachausschuß für das Konfektionsgewerbe, die Wallfahrtsindustrie und die

Hosenträgerindustrie, Abteilung für Wallfahrtsindustrie, hat in seiner Sitzung vom 6. 6. 1931 in Kewlar mit einfacher Mehrheit folgende Mindestentgeltfestsetzung beschlossen:

Mindestentgelt für das Ketten von Rosenkränzen im Bereich des Fachausschusses, Sitz Düsseldorf, für 1 Dtz. Rosenkränze aus Holz oder Glas, 45 Pfg., für 1 Dtz. Rosenkränze aus Perlmutterersatz, 50 Pfg., für 1 Dtz. Rosenkränze aus Perlmutter, 65 Pfg.“

Was mag wohl bei der „Wallfahrtsindustrie“ ein Dutzend Rosenkränze kosten, die von Heimarbeitern zu derartig geringen Mindestsätzen angefertigt werden?

Tod der Witwe G. Brandes'

Kopenhagen, 20. November.

Die Witwe von Georg Brandes, Frau Gerda Brandes, ist heute im Alter von 81 Jahren gestorben.

Hindenburg quittiert

Anläßlich seiner Ernennung zum Ehrenmitglied eines ungarischen Infanterie-Regiments (was diese Männer in Indianeruniform für kindliche Spiele doch treiben!) erklärt jetzt Hindenburg in einem Erlaß, daß die von der ungarischen Nation (die bekanntlich vom blutigen Horthy, dem ungarischen Reichsverweser, und seinen Henkern à la Matuschka vergewaltigt wird) und der ruhmreichen ungarischen Armee ihm „dargebrachte“ Ehrung ihn mit Stolz und Freude erfülle und ein Zeichen sei, daß die Gefühle der in vielen Schlachten des Weltkrieges erprobten Waffenbrüderschaft noch heute fortleben“. Bekanntlich hatten die Ungarn den Weltkrieg zuerst dicke und fühlten sich an die Nibc-

DENKT AN SIE!



Eine furchtbare Anklage gegen den Kapitalismus
Friedhof unbekannter deutscher Gefallener in Belgien

Glaubensbekenntnis eines Sozialdemokraten

Ich glaube an die allmächtige SPD, Schöpferin der Tolerierungspolitik, und an die Brüning-Regierung I, die eingeboren in Deutschland, die empfangen wird von Arm und Reich, geboren unter Herrn Hindenburg, gelitten unter § 48, gekreuzigt und gestorben, gestiegen zur Brüning-Regierung II, die nach wenigen Tagen wieder auferstanden von den Toten, sitzend zur Rechten des Kapitalismus, der da kommen soll, zu richten alle Proleten, falls sie noch nicht verhungert oder durch Nazis ermordet sind, zu bekämpfen die Tarif- und Schutzrechte des Proletariats.

Ich glaube an das notleidende Kapital, an den heiligen Gummknüppel, in Gemeinschaft mit dem Maschinengewehr, an den Abbau der Löhne, an die Geburt neuer Steuern und an die Auferstehung des Deutschen Reiches. Amen!

Ilse Kästner (Dresden).

Kleinbürger gegen Kapitalismus

Die romantischen Phantasien Ferdinand Frieds

Stolz und Selbstsicherheit, die noch vor wenigen Jahren das industrielle Bürgertum ob seiner weitgehenden Leistungen erfüllten, sind seit dem Einbruch der Weltkrise dem Zweifel und der Verwirrung gewichen. Auf der ganzen Linie herrscht Weltuntergangsstimmung, seitdem es erleben muß, daß die Mächte seines aufrechten Imperiums Rages im Wanken geraten und die Geschehnisse sich auch zu erschütterndem Umbruch übersehen zu können, daß die aufstrebenden Schichten nicht auf zufälligen Blaufarbenen aufzufahren und, sondern auf entschlossenem, unparaphrasierbarem Fieber, an der Konstruktion weisen und da, durch die Motive, diesen Baue die Verwirrung und den immer bedrohlicheren Nadelstichen Einsturz tragen.

Veredelter Nationalsozialismus

Eine Zeitlang mochte es gelingen, von diesen Zusammenhängen abzulenken und der Öffentlichkeit gegenüber die Verantwortlichkeiten zu verdrängen, in dem man dieser Rede, daß der Kapitalismus, nur dann nicht mehr funktioniere, weil der Geist des Sozialismus seine Lebenskraft verloren habe. Doch ihrer Primitivität und der Argumentation zunächst auch auf einen guten Boden. Es erhob sich jene antimarxistische Front des Bürgertums, die, starkste Rezipienten die Hitlergardien stellen, wobei man zu dem alten Kriegstrick greift, unter gleichen Fahnen wie der zu schlagende Feind aufzumarschieren und sich sozialistisch, oder doch wenigstens antikapitalistisch zu vernehmen. Im Fortgang der Entwicklung zeitigte auch diese Bewegung andere Ergebnisse, als so deren Generaten vorschäufte. Die Schenckkritik am Kapitalismus wurde ebenso wie das Scheinbekenntnis zum Sozialismus von vielen ernst genommen und war, bis zur Phase zur Umgestaltung einer urteilslosen Masse gehandelt, wurde theoretisch vertieft und zu einem neuen Weltbild geführt. Vorläufig freilich hat diese Wandlung die Massen noch unberührt gelassen. Es sind der Zahl nach nur wenige, die den aus leeren Pathos und donnernder Rhetorik gewobenen Fangnetzen Hitlers entkommen und der Unklarheit und Programmlosigkeit unerschrocken sind. Aber die ersten Ansätze sind da und damit rückt auch für den Marxismus die Möglichkeit und Notwendigkeit heran, sich wieder geistig mit dem Nationalsozialismus auseinanderzusetzen, was solange auf Schwierigkeiten stieß, als dieser nicht als fallbare Weltanschauung, sondern als eine dumpfe Massenpsychose auftrat.

Ein neuer Prophet

Das Verdienst, den Nationalsozialismus erstmals in ein Weltbild gegossen zu haben, gebührt zweifellos einem Schriftsteller des „Tat“-Kreises, der unter dem Pseudonym Ferdinand Fried auftritt und hinter dem sich der frühere außenpolitische Redakteur der „Vossischen Zeitung“, Hans Zehrer, verbergen dürfte, der vor kurzem zur Straßer-Gruppe des Nationalsozialismus übertreten ist. Das Buch, aus die Auffassungen Ferdinands Frieds vermittelt, führt als Titel den Urteilspruch „Das Ende des Kapitalismus“ und hat in westlichen Kreisen das allergrößte Aufsehen erregt. Sein hinreißender Stil nimmt sofort gefangen und zementiert stellenweise an die besten Seiten des Marx'schen Schrifttums, mit dem er auch die schonungslose Strenge des Urteils gemein hat. Damit hört die Vergleichbarkeit freilich auch schon auf. Von der Tiefergründigkeit und zwingenden Logik eines Marx ist in dem Fried'schen Buch kein Hauch zu verspüren. An die Stelle klarer und untrüglicher Vernunft tritt das persönliche Gefühl, wie die herbe und oft sicher zuschlagende Kritik nur die Kehrseite erlebten Schmerzes ist. Infolgedessen bleibt Ferdinand Fried auch jede Überzeugungskraft versagt. Man findet seine Argumentation interessant und anregend, aber sie verfangt nicht. Das meiste ist in ein Halbdunkel gehüllt, wie sich auch die Wege, die Fried am Ende des Kapitalismus weist, in einem undurchdringlichen Nebel verlieren.

Stillstand der Technik?

Die Schwäche der Argumentation orientiert sich schon auf den ersten Seiten. „Das Ende des Kapitalismus“ ergibt sich für Fried nicht wie bei Marx aus dem unlösbaren Widerspruch zwischen kapitalistischen Produktionskräften und kapitalistischen Produktionsverhältnissen, d. h. den kapitalistischen Eigentumsverhältnissen, sondern aus einem als Tatsache unterstellten Abheben der Erfindungen. „Das Zeitalter der Erfindungen“ ruft Fried erschreckt, „die mechanische und industrielle Revolution ist beendet“ (S. 15). „Alles was die Technik jetzt noch leistet, ist Ausbau, Ausfüllung, Ausgestaltung in größten oder kleinsten Dimensionen. Damit ist aber der Einpeitscher des Kapitalismus zur Ruhe gesetzt“ (S. 16). Gleich einem roten Faden ziehen diese Auffassungen über die angebliche Schicksalsverbundenheit von Technik und Kapitalismus durch das ganze Buch und werden auch mit voller Bewußtheit an die erste Stelle der für die herrschende Krise und ihre Unlösbarkeit verantwortlichen Tatbestände gesetzt. Nun wird es niemand einfallen, das Bestehen einer Wechselwirkung

zwischen Technik und Kapitalismus zu bestreiten. Beide sind unlösbar miteinander verbunden, aber in einem ganz andern als von Fried unterstellten Sinne. Nicht darum kam der moderne Kapitalismus zur Welt, weil Watt die Dampfmaschine, Stephenson die Lokomotive, Arkwright den mechanischen Webstuhl, und Cartwright die Spinnmaschine erfand, sondern umgekehrt. Der Kapitalismus ist der Schöpfer der Technik, weil er deren Schwingungen zu seinem Fluge gebrauchte.

Erfinder werden erfunden

Wo darum der Zufall der Erfindungen im Stich zu lassen schien, hat er selber Techniker und Ingenieure mobilisiert und gewissermaßen Erfinder erfunden. Man braucht zum Beweise nur die Geschichte der neuen großen Erfindungen zu studieren. Die weit überwiegenden stammen nicht mehr vom Anfang des technischen Zeitalters von Aufwindern, sondern sind die Frucht jahrelanger Versuche in Fabrik-Laboratorien. Nicht die Technik funktioniert somit, wie Fried ganz fälschlich unterstellt als „Einpeitscher des Kapitalismus“, sondern der Kapitalismus ist der Einpeitscher der Technik. Nicht sie läßt ihn, sondern er läßt sie nicht zur Ruhe kommen, es sei denn, daß der Kapitalismus selbst kein Interesse mehr an einer Ausgestaltung der Technik hat, oder weil die Voraussetzungen ihrer kapitalistischen Verwertung nicht gegeben sind, d. h. weil sie keine Produktion von Profit gestattet oder weil neue Erfindungen die Verwertung alter Kapitalien bedrohen und diese außer Kurs zu setzen drohen. In diesem Stadium aber ist der Kapitalismus heute unentrichtbar angelangt: denn welche Erfindungen er auch hervorbringen mag: immer erhebt er hierbei die Hand gegen sich selber, weil er immer bestehenden Industrien den Absatz verengt und diese dem Tode ausliefert. Das ist die Stufe, wo der Kapitalismus aus einem Pionier des technischen Fortschritts zu einem Träger des technischen Stillstandes, aus einem riskierenden Unternehmer zu einem um die Erhaltung seines Eigentumes besorgten Rentner, aus einem Evangelisten des Maschinismus wie Henry Ford ein Maschinenstürmer wird. Es ist, um mit Tugan-Baranowski zu reden, der Zeitpunkt, wo der fundamentale Widerspruch des Kapitalismus, der Widerspruch zwischen der Produktion als einem Mittel, die menschlichen Bedürfnisse zu befriedigen, und der Produktion als einem technischen Momente bei der Schaffung des Kapitals, d. h. als Selbstzweck, nicht nur für die Nichtkapitalisten, sondern auch und gerade für die Kapitalisten eklatant wird. Nein, das Ende des Kapitalismus steht nicht bevor, weil die Technik am Ende ist, sondern die Technik geht zu Ende, weil der Kapitalismus sie in Fesseln schlägt.

„Jahrgang 1868“

In demselben Irrtum wurzelt eine andere, ebenfalls das ganze Buch durchziehende Argumentation Frieds: „Die freie Wirtschaft“.

klagt der Verfasser, „bringt keine Führer mehr hervor, keine mitreißenden Gedanken, sondern geht in Beamtentum über und verwaltet lediglich väterliches Erbe und: „Die gegenwärtig bestimmende Generation, auf die die große Krise trifft, ist geistig unfruchtbar und ohne entscheidenden Führer in der Wirtschaft, im Staat und im Volk.“

Erweit „die Wirtschaftsführer“ in Betracht kommen, führt Fried seiner Argumentation eine interessante Illustration hinzu in einer interessanten Illustration hinzu in dem Abschnitt „Jahrgang 1868“. Das ist nämlich der Jahrgang, der nach Frieds Berechnungen die deutschen „Wirtschaftsführer“ stellt, die durchschnittlich noch etwas älter sind als die sich auch nicht gerade durch Jugendlichkeit auszeichnenden Mitglieder des Reichstags, deren Durchschnittsalter 56 Jahre beträgt. Das höchste Durchschnittsalter wird bei den Verwaltungsräten der Industrie angegriffen. Bei der I. G. Farbenindustrie beträgt es gerade 68 Jahre, beim Vorstand des Stahlwerks, dieses anderen deutschen Industriekolosses, 67 Jahre. Durchweg noch höher und zumeist tief in das biblische Alter hineinreichend, liegt das Durchschnittsalter bei den Aufsichtsräten. Hier stellt man auf wahre lebende Mumien. „Man scheint den Ehrgeiz zu haben“, bemerkt Fried boshaft, „keinen Mann unter 70 Jahren als Vorsitzenden oder dessen Stellvertreter herauszustellen; je näher an die achtzig, um so besser und ehren- und würdevoller.“

Der Kapitalismus am Krückstock

Doch was ist mit diesen Feststellungen im Grunde genommen bewiesen? Doch nur, daß der Kapitalismus aus seiner Sturm- und Drangperiode heraus und selber in ein vorgerücktes, dem Grabe zuschwebendes Alter gelangt ist. Man fürchtet, daß Jugendlichkeit sich nicht damit begnügen möchte, väterliches Erbtum zu wahren und hält diese darum bewußt der Leitung fern. Ausnahmen bestätigen nicht nur die Regel, sondern sind sogar geeignet, die Besorgnisse der alten Herren zu rechtfertigen. Die erste Bank, die in Deutschland den Stößen der Krise erlag, war bekanntlich die Darmstädter und Nationalbank, die in Goldschmidt den jüngsten Führer aller Banken besitzt. Für große persönliche Aktivität ist eben heute im Kapitalismus kein Raum mehr. Es ist unsinnig, einem am Krückstock gehenden altersschwachen Mann einen Schnellläufer zum Führer geben zu wollen. Mit der von Fried bemängelten Führerauslese verhält es sich darum genau so, wie mit dem von ihm beklagten Stillstand der Technik. Sie sind Folgen des alternden Kapitalismus, nicht dessen Ursachen.

Der Ruf nach neuen Führern

Einmal sich in diesem fatalen Irrkreis befangen, kann sich Fried aus ihm nicht mehr befreien und entwickelt so den Irrtum zu einem scheinbar logischen und geschlossenen System. Zwar, den Kapitalismus in seiner heutigen Erscheinungsform gibt er auf, aber Fried sieht die Kräfte seiner Auflockerung

nicht im Proletariat, sondern in einem neuen „aus dem Volk (nicht aus der Wirtschaft)“ aufsteigenden Führertum „für den Staat“. „Der Staat wird identisch mit der sozialen Gegenbewegung, wird den letzten entscheidenden Vorstoß gegen eine Wirtschaft machen, die ihr keinerlei inneren Widerstand mehr entgegensetzt. Wie unter Bismarck Post und Eisenbahn, werden dann wahrscheinlich alle Wirtschaftsgebilde verstaatlicht...“ und nur ganz „nebenher wird eine Vermögens-Auseinandersetzung mit den Besitzenden gehen“. „Die Gesamtwirtschaft wird planmäßig geführt und in nationaler Betontheit zur Autarkie hinstreben...“ „An die Stelle der Dynamik tritt die Statik. An die Stelle der Nationalökonomie kommen wieder die Staatswissenschaften“, dazu die Versicherung: „Das Ende des Kapitalismus bedeutet also auch nicht, um ein Wort von Keynes zu variieren, daß das Autofahren nun zu Ende ist und daß wir morgen wieder in der Postkutsche sitzen werden.“

Nur ein verheerendes Mißverständnis?

Die Fried'schen Gedanken bestrecken auf den ersten Blick, büßen ihren Glanz bei näherem Zusehen aber sofort ein. Vor allem liegt ihnen die im bürgerlichen Denken immer wieder anzutreffende irriige Vorstellung zugrunde, daß der Staat ein Ding an sich sei und über den Klassengegensätzen schwebt, deren Bestand Fried ja auch überhaupt leugnet. Jedenfalls bezeichnet Fried die Spaltung des deutschen Volkes in die beiden Lager: Kapital und Arbeit, Kapitalismus und Sozialismus als ein „verheerendes Mißverständnis“, obwohl er selber nachweist, daß 62 1/2 Millionen Menschen gerade die Hälfte dessen besitzen, was 1 1/2 Millionen Menschen des Mittelstandes ihr eigen nennen, während 80 000 andere Besitzer wieder allein so viel haben, wie der ganze Mittelstand. Doch man versteht, worauf Fried hinaus will: sein Antikapitalismus ist der Antikapitalismus des Mittelstandes, für den heute der Kapitalismus erst bei den „Wohlhabenden“, „Millionären“ und „Multimillionären“ beginnt. Gegen diese soll der Staat in Bewegung gesetzt werden und ob das und wann das geschieht, hängt wieder allein davon ab, ob und wann dem Mittelstand die erforderlichen Führer erstehen.

Nivellierung des Besitzes

Freilich: so ganz aus dem Handgelenk kann auch nach Fried die neue Ordnung nicht geschüttelt werden. Einige Widerstände sind zu überwinden: „den neuen seelischen, wurzhaften Kräften, die sich im Volk zu regen beginnen, steht nach ihrer Sammlung zunächst noch eine große und schwere Aufgabe bevor: sich mit der arroganten, machtlüsternden und herrschsüchtigen Priesterschaft des toten Götzen Kapital auseinanderzusetzen... Nach dessen Austragung erst kann es aufs eigentliche Ziel losgehen: während die 150 Jahre Dynamik, die hinter uns liegen, die Menschen untereinander gleichgemacht haben, nivelliert wie auswechselbare Münzen, dafür aber den Besitz schreiend auseinanderklaffen ließen, gilt es dann: den Besitz zu nivellieren, aber die bunte Vielfältigkeit des Menschen selbst wieder herausarbeiten.“

Mittelstands-Sozialismus

Das Ende des Kapitalismus? Nun für Ferdinand Fried geht es nur um eine Generalvernichtung der aufgestapelten Schuldbücher, eine veredelte „Brechung der Zinsknechtschaft“, dieses etwas stark angefaltete „Herzstück des Nationalsozialismus“. Was im Programm der Hakenkreuzler trotz der ruhmstüchtigen Redebefissenheit Feders nur ein vager Begriff, eine leere Phrase war, wird von Fried mit einem konkreten Inhalt gefüllt. Der Kreuzzug, zu dem er aufruft, ist ein Kreuzzug gegen die 80 000 Wohlhabenden, Millionäre und Multimillionäre, „um die im Grunde genommen das ganze Trara, das gegenwärtig in Deutschland um Wirtschaft, Politik, Parteien gemacht wird, geht“. Das Ende des Kapitalismus? Nein, nur das Ende dieser 80 000 wäre erreicht. Der Kapitalismus bliebe — wenn auch zunächst abgewandelt — bestehen, weil auch der Besitz und die Besitzlosigkeit, und damit Kapital und Lohnarbeit, Ausbeuter und Ausgebeutete bestehen bleiben. Verwirklicht wäre nur eine Seisachtheia auf Kosten der 80 000 oder noch weniger an deren Stelle treten zu lassen. Angehörige des Mittelstandes, als deren Anwalt Ferdinand Fried auftritt, hätten wieder für einige Zeit eine Chance, während das Proletariat überhaupt mit Leeren Händen ausginge.

Illusionen über Illusionen

Zunächst freilich stoßen selbst diese von Fried aufgestellten Ziele noch in ein Reich der Illusionen, denn es ist eine Illusion, daß die herrschende Klasse — und das sind faktisch die 80 000 — den Standesapparat kampfflos abtrete, wie es auch eine Illusion ist, daß die dünne Schicht des Mittelstandes — auch wenn man diese so breit begriffte, wie Fried dies fälschlicherweise tut — eine erfolgreiche Phalanx gegen die herrschende Klasse zu bilden in der Lage sei. „Das Ende des Kapitalismus“ wird nur besiegelt durch das Proletariat oder es wird nicht kommen.

200 000 Textilarbeiter im Lohnkampf

Sie wollen nicht dulden, sondern sich wehren

Aus Osnabrück wird uns geschrieben: Der Verband Münsterländischer Textilindustrieller meldete der rund 200 000 Arbeiter zählenden Arbeiterschaft seines Bezirks eine Lohnsenkung auf das Niveau des Jahres 1913 zu, also einen

Abbau von 40 bis 50 Prozent.

Von dieser rigorosen und undurchführbaren Forderung gingen die Arbeitgeber, unter ihnen der als Scharfmacher bekannte Hammersen-Konzern, dann herunter und verlangten einen Abbau bis auf den Stand von 1925, was etwa einem Abbau von 15 bis 20 Prozent entsprechen würde. Diese Verhandlungsbasis war von den drei Verbänden, den treuergewerkchaftlichen, dem christlichen und dem Hirsch-Dunkerschen erreicht. Die Verhandlungen zerschlugen sich jedoch, weil die Arbeiter sich nicht auf diesen Abbau einließen.

Der angerufene Schlichter machte den Vorschlag eines fünfprozentigen allgemeinen Abbaus. Da aber beide Verhandlungsparteien ablehnten, mußten die Verhandlungen ergebnislos scheitern. Daraufhin kündigten die Unternehmer die Einzelarbeitsverträge zum 21. November unter Einhaltung der vierzehntägigen Kündigungsfrist, um am 19. November durch Anschlag bekanntzugeben, daß der Lohn allgemein um 8 Prozent gesenkt würde. Da dieses Diktat weder vom Schlichter, noch von den Arbeiterorganisationen vereinbart war, stieß diese Forderung auf den erbitterten Widerstand aller Arbeiter im Osnabrücker Bezirk.

Am Freitagmorgen fanden nun zwischen den Betriebsräten der beiden Osnabrücker Werke der F. H. Hammersen-AG, die bekanntlich mit Dierig (Oberschlesien) fusioniert ist, und die somit den größten Textilkonzern bildet, und der Firma C. H. Hammersen und den Industriellen Verhandlungen statt, die erfolglos verliefen, da sich die Betriebsräte nicht mit dem Lohnabbau einverstanden erklären konnten. Am Nachmittag fanden erneute Verhandlungen statt, die eben-

falls scheiterten. Die Betriebsräte nahmen die Forderung der Arbeiter zur Kenntnis, um sie am selben Abend in einer brechend vollen Betriebsversammlung den Belegschaften zu unterbreiten. Diese beschlossen jedoch mit über 80 Prozent der Belegschaften, den Abbau mit aller Entschiedenheit abzulehnen und geschlossen am Montag in den Streik zu treten.

Die Unternehmer hatten sich am Nachmittag bereit erklärt, sich dem Schlichterspruch zu unterwerfen. Die Schlichterkammer wird wahrscheinlich am Dienstag zur Spruchfällung kommen. Die gesamte Osnabrücker Arbeiterschaft steht einig in einer Front gegen jede Lohnabbauforderung der brutal vorgehenden Unternehmer.

Der freigewerkschaftliche Textilarbeiterverband, die Christlichen und die kommunistische RGO beschlossen in der Betriebsversammlung einstimmig, in diesem entscheidenden Kampf alle parteilichen Streitigkeiten zurückzustellen und zu hegraben, um in einiger und geschlossener Front den Abwehrkampf zum Erfolg zu führen.

Die Belegschaft der Osnabrücker Werke, die in den Streik tritt, ist etwa 1300 Mann stark. Wie schwer sie bei Lohnabbau treffen muß, erhellt aus der Tatsache, daß in allen Betrieben ausnahmslos nur vier Tage gearbeitet wird.

An der Führung des Streiks ist die SAP, Ortsgruppe Osnabrück, führend beteiligt, da fast der gesamte Vorstand des Textilarbeiterverbandes, der in den Osnabrücker Werken über 50 Prozent der Arbeiterschaft als Mitglieder zählt, der SAP angehört; auch im Betriebsrat ist die SAP bestmündig beteiligt. Wie wir hören, ist als sicher anzunehmen, daß in allen Orten des münsterländischen Bezirks, vor allem Rheine, Norhorn und Gronau, die Arbeiterschaft in dem festen Willen einig ist, den Lohnabbau, wenn es nicht anders geht, durch einen Streik abzuwehren.

Tribüne der SAZ

Nicht Illusionen sondern Tatsachen!

Greiz-Schleiz-Lobenstein, Paneuropa und der Völkerbund

Von Klaus Zweiling.

Unser lieber, im gemeinsamen Kampf erprobter Genosse Richard Kleineibst warnt uns in seinem Diskussionsartikel zum Völkerbund, „Tatsachen oder Illusionen?“ davor, „komplizierte, viel-otige Probleme mit einfachsten Formeln lösen zu wollen.“ Weil wir mit ihm die Wirkung solcher schematischen Vereinfachungen fürchten, halten wir es für nötig, hier ein Wort zu sagen zu den allzu einfachen Formeln, mit denen sich unser Freund Kleineibst den unendlich komplizierten Erscheinungen des Imperialismus gegenüber zufrieden gibt.

Die Formel des Genossen Kleineibst, daß der Völkerbund „eine Konzession kapitalistischer Mächte an die Tugend der Völkerverständigung“ sei, scheint mir zu den Formeln zu gehören, von denen der Genosse Kleineibst sagt, daß sie „von der Realität in ein Wolkenkuckucksheim führen“ — in das Wolkenkuckucksheim, daß der Völkerbund „der Idee, wenn auch noch nicht der Wirklichkeit nach ein Parlament der Nationen“ ist. Was Wilson sich dachte, als er die Gründung des Völkerbundes anregte, was andere, ehrliche Friedensfreunde für „Ideen“ mit dem Völkerbund verknüpfen, das ist für die Realität herzlich belanglos. Bestimmend für die Realität ist das, was der britische und französische, und neuerdings auch führende deutsche Imperialismus mit und in dem Völkerbund politisch bewirken. Daß das alles andere als „Völkerversöhnung“ ist, sagt Genosse Kleineibst nicht nur in seinem zitierten Diskussionsartikel, sondern sein durch die Liebe zur „Idee“ des Völkerbundes geschärft Auge hat die imperialistischen Realitäten in und um den Genfer Bund stets mit einer Sachkenntnis bloßgelegt, die als vorbildlich für seine Kritiker angesehen werden muß. Aber gerade dem, der diese imperialistischen Realitäten so klar sieht wie Genosse Kleineibst, erscheint die Illusion unbegreiflich, anstatt der Tatsache, die eigene Idee von einer Sache zu ihrem Maßstab zu machen.

Man muß unterscheiden zwischen dem, was Genf ist, und dem, was in Genf geredet wird. Die Reden der öffentlichen Sitzungen sind zum guten Teil „eine Konzession kapitalistischer Mächte an die Tugend der Völkerverständigung.“ Gerade darum sind diese Reden widerlichste Heuchelei. Aber der Genfer Bund selbst ist Rahmen und Werkzeug zugleich des imperialistischen Kampfes der kapitalistischen Weltmächte, nicht mehr — aber auch nicht weniger. Und in dem komplizierten Wechselspiel dieser imperialistischen Kräfte wechselt der Genfer Bund die geographische Richtung und die Tiefe seiner Wirkung im einzelnen fortwährend. In dieser seiner Lebensfunktion nur einen „Mißbrauch“ sehen zu wollen, das scheint mir in der Fühlerhaftigkeit des Standpunktes auf einer Linie zu stehen mit der Anschauung, der Kapitalismus sei gut, nur sein „Mißbrauch“ zur Ausbeutung der Menschen sei zu bekämpfen.

Gewiß hat uns Karl Marx gelehrt, daß Ideen, die in den materiellen Daseinsbedingungen der Klassen wurzeln, zur realen Macht werden, indem sie die Gehirne der Menschen in Bewegung setzen. Aber zugleich lehrte er uns, daß wir die Welt und ihre Erscheinungen nicht messen dürfen an Ideen, die wir ihnen unterstellen, sondern allein an der klassenmäßigen Bedingtheit ihrer Entstehung, ihres Daseins und ihrer Wirkung. Im ersten Sinne ist es richtig, daß der proletarische Friedenswille so gut eine politisch wirkende Realität sein kann wie die Kriegstendenz, die die kapitalistische Form der Produktion an jedem Tage neu und verschärft produziert. Es kommt nur darauf an, die Begrenztheit seiner Wirkung innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft zu erkennen. In dem zweiten Sinne aber ist es illusionär, der „Wirklichkeit“ des Völkerbundes eine „Idee“ des Völkerbundes gegenüberzustellen, die, da sie in der Realität dieser Erde nicht existiert, nur an dem Ort existieren kann, den der Genosse Kleineibst Wolkenkuckucksheim nennt.

In ihren politischen Konsequenzen für die Arbeiterklasse noch viel gefährlicher ist die vom Genossen Kleineibst wirtschaftlich und politisch angewendete Formel „Paneuropa“ bzw. „Kontinentaleuropa“. In dieser Formel verschmelzen die vom Genossen Kleineibst mit Recht so bekämpften politischen Untugenden: Illusion, Dogma und Wunderglaube zu einer seltsamen Dreieinigkeit. Und ich stimme dem Genossen Kleineibst in diesem Punkt nur in einem zu: daß man diesen ganzen Fragenkomplex in einem Artikel nicht erschöpfend behandeln kann. Es sei daher hier Stellung genommen nur zu der Beweisführung des vorliegenden Diskussionsartikels.

„Deutschland in Europa — das ist Greiz-Schleiz-Lobenstein in Deutschland“, so zitiert Genosse Kleineibst. Man darf, so scheint mir,

diesen Vergleich nicht überspannen. Immerhin kann man bei der notwendigen historischen Vorsicht einige Erkenntnisse aus diesem Vergleich gewinnen, darunter die, daß ein kapitalistisches Paneuropa eine Utopie ist.

Es ist ein allgemeines Gesetz, daß Machtformen, die einmal da sind, nicht von selbst verschwinden, nicht freiwillig, und auch nicht auf noch so gutes Zureden hin. Sie gehen auch nicht auf einem dieser Wege auf in einer „höheren“ Machtform. Sie müssen gewaltsam zertrümmert werden, sei es im Zusammenprall mit anderen Machtgebilden gleichen Charakters oder dadurch, daß eine unterdrückte Klasse, deren Entfaltung durch diese Machtform gehemmt wird, sie im revolutionären Kampf sprengt. Damit die kleinen Fürstentümer verschwanden, mußten die großen sie mit Feuer und Schwert unterwerfen oder die bürgerliche Revolution ein Dutzend Feudalstaaten zertrümmern, um einen bürgerlichen Staat an ihre Stelle zu setzen. Das „Aufgehen“ einer Unzahl deutscher Kleinststaaten in einigen größeren und schließlich in einem noch längst nicht staatlich einheitlichen Deutschland hatte zur wesentlichen Voraussetzung die Eroberungskriege des hohenzollernschen Preußens, des napoleonischen Frankreichs und die bürgerliche Revolution von 1848. Daß Greiz-Schleiz-Lobenstein in Thüringen aufging, — d. h. noch nicht einmal vollständig in Deutschland! — hatte zur Voraussetzung die Niederlage und die Revolution von 1918.

Wollen wir also schon Greiz-Schleiz-Lobenstein als Kronzeugen für Paneuropa gelten lassen, so lehrt es uns, was wir unsicher aus dem inneren Gesetz der Macht auch ohnedem lernen könnten: Paneuropa (oder Kontinentaleuropa) würde das Aufgehen vieler staatlicher Machtapparate in einen größeren Machtapparat bedeuten; das bedeutet, daß jene heute vorhandenen staatlichen Machtapparate zertrümmert werden müssen — durch den Krieg eines kapitalistischen Erobererstaates, der alle anderen unterwirft, oder durch die proletarische Revolution. Der erste Weg ist unwahrscheinlich, schon wegen des Vorhandenseins der USA., die das Entstehen einer solchen Macht mit allen Mitteln zu verhindern versuchen würden. Jeder von uns weiß überdies, daß unser Genosse Kleineibst auch nicht im entferntesten daran denkt, eine solche Lösung des Paneuropaproblems zu befürworten. Schaltet man sie aber aus — dann gibt es kein kapitalistisches Paneuropa! Dann bleibt als einziger Weg zu Paneuropa die Revolution der Arbeiterklasse.

Ob die proletarische Revolution, die im Ergebnis notwendig eine Weltrevolution sein muß — wenn sie auch vielleicht in einem einzigen Lande ihren Anfang nimmt — als Zwischenstadium ein sozialistisches Europa in einer kapitalistischen Welt schafft, das kann niemand prophesieren. Möglich ist es schon, aber es scheint uns doch eine allzu einfache Formel zu sein. Die Geschichte pflegt im allgemeinen kompliziertere Wege zu gehen.

Das eine jedenfalls erscheint uns sicher: der Wunderglaube an die wirtschaftliche Rettung durch ein kapitalistisches Paneuropa scheint uns für den Kampf der Arbeiterklasse eben so gefährlich zu sein wie die Illusion, den Völkerbund seiner imperialistischen Realität entkleiden und nach einer Idee gestalten zu können. Wir dürfen nicht Illusionen zur Grundlage unseres politischen Handelns machen, sondern die Tatsachen dieser kapitalistischen Welt. Nur so werden wir die Voraussetzung schaffen, umgestaltend in diese Welt einzugreifen mit der Revolution der Arbeiterklasse.

Demokratie — Diktatur und Tagesaufgaben

Von Georg Müller.

Die Rolle des Staates

Der Staat (nach Marx und Engels) ist das Produkt und die Äußerung der Unversöhnlichkeit der Klassengegensätze; er ist in der Regel Instrument der ökonomisch herrschenden Klassen. Er dient mittels seines Apparates Heer, Polizei, Beamtenamt, Kirche usw. zur Unterdrückung der einen Klasse durch die andere. Diese Definition bezieht sich ebenfalls auf die bürgerliche demokratische Republik, trotzdem sie günstigere Bedingungen für die Bewegungsfreiheit des Proletariats als andere bürgerliche Staatsformen schafft.

Wenn die Klassengegensätze in einer Gesellschaft unversöhnlich sind, dann kann es keine Klassenversöhnung, keinen freien Volksstaat, keine Eroberung des Staatsapparates durch das Proletariat im Rahmen der bürgerlichen Demokratie geben. Jede Revolution ist einmal schon Gewaltanwendung, um ein be-

stehendes System zu stürzen, und der Verlauf insbesondere der deutschen Revolution beweist, daß ohne revolutionäre Gewaltanwendung über die bürgerliche Republik hinaus das bestehende System nicht gestürzt und der Sozialismus nicht aufgebaut werden kann.

Hierfür sind wohl der Kapp-Putsch 1920 und die Sachsenregierung 1923 ein deutlicher Beweis. Im Kapp-Putsch haben wir zwar vorübergehende Zurückdrängung der äußersten Reaktion durch den Generalstreik der Arbeiter, aber gleichzeitig, um die bürgerliche Republik zu erhalten, Liquidierung der revolutionären Energien und der Offensive der Arbeiterklasse (s. Severings-Bielefelder Abkommen). Am Ende dieses Prozesses schlug das labile Gleichgewicht der Klassenkräfte um in ein konterrevolutionäres Gewicht.

Als 1923 in Sachsen auf demokratisch-parlamentarischem Wege eine sozialdemokratisch-kommunistische Regierung zustande kam, die Gefahr eines Eingriffs in das kapitalistische Eigentum und die Aufhebung der Privilegien der Bourgeoisie auf den Staatsapparat bestand, mußte unter Führung des Reichspräsidenten Ebert die Reichswehr in Sachsen einmarschieren. Mit konterrevolutionärer Gewalt setzte sie die demokratisch gewählte Regierung ab, um die Minorität — die Bourgeoisie — zu schützen, für „Ruhe und Ordnung“ zu sorgen, die bürgerliche Republik zu „sichern“.

Zur Sicherung und Erhaltung des Severingschen „Volksstaates“ in Preußen, der mit seinem Machtapparat die Klassengegensätze im Zaum halten und überbrücken soll, wird die Politik der ökonomisch herrschenden Klasse — der Bourgeoisie, Zentrum, Kirche usw. — durchgeführt. Wiederum sehen wir am Ende die Aufhebung der Reformarbeit der Sozialdemokratie im Rahmen der bürgerlichen Demokratie.

Die Sozialdemokratie mit ihrem reformistischen Programm und folgerichtigen, konsequenten Weg, hat völlig Bankrott gemacht. Hieraus müssen wir die entscheidenden Lehren ziehen.

Nach Marx und Engels ist das strategische Ziel der Arbeiterklasse, die Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates mit revolutionärer Gewalt, um an dieser Stelle den proletarischen Staat, die Diktatur des Proletariats zur Niederhaltung der Bourgeoisie zu setzen. Nur so kann der Sozialismus aufgebaut werden. Rußland ist dafür

ein geschichtlicher Beweis. — Die Taktik des Klassenkampfes muß auf dieses strategische Ziel ausgerichtet sein. Die Gewinnung der Mehrheit des Proletariats dafür ergibt dringende Tagesaufgaben. —

Was tun?

Was sollen wir tun gegenüber der kapitalistischen Offensive, der Faschisierung des Groener-Brünings-Systems. Was soll geschehen beim Sturz der Brüningregierung?

Entsprechend der wirtschaftlichen und politischen zugespitzten Lage, der wirklichen Klassenkräfte, und der möglichen und notwendigen Kräfteentfaltung der Arbeiterklasse, die Stimmungen und den politischen Instinkt des Proletariats konkret formen.

Schaffung eines Minimalprogramms mit dem Ziel: Belastung der Bourgeoisie, d. h., es müssen solche Forderungen aufgestellt werden, die die proletarische Klasse, trotz ihrer Parteirichtungen, einigt. Dadurch bekommt der Einheitsfrontgedanke wirklichen Inhalt. — Propagierung dieses Minimalprogramms in allen proletarischen Massenorganisationen, Mobilisierung der Arbeiter für diese Forderungen.

Auf gewerkschaftlichem Gebiet. Ausrichtung der gewerkschaftlichen Kämpfe zum politischen Kampf unter Einsatz der gesamten gewerkschaftlichen Macht. Gegen die Zwangsschiedssprüche, gegen die Brüning-Regierung mit ihren Verordnungen. — Für die 40-Stundenwoche mit vollem Lohnausgleich.

Zu diesem Zweck: Stärkung der freien Gewerkschaften und revolutionäre Gewerkschaftsarbeit.

Ablehnung aller RGO-Experimente. Wiederherstellung der Demokratie.

Systematische Bildung und Zusammenfassung der Opposition.

Gegenüber dem drohenden aFaschismus-Kartellverhältnis aller antifaschistischen Organisationen, um zur wirklichen Einheit zu gelangen.

Zum Sturz Brünings die Forderung der Arbeiterregierung, gestützt auf die Betriebe und proletarischen Massenorganisationen.

Bei der heutigen massigen Front der Reaktion genügen nicht mehr Parteifaktionen, sondern nur Klassenaktionen, wobei die SAZ zielweisend sein muß.

Briefe an die SAZ

Ende 1930 meldete ich mich zum Fernkurs der Akademie der Arbeit, der zum 11. Lehrgang der Akademie der Arbeit vorbereitet. Der Spaß kostete sieben Mark. Zugleich bewarb ich mich beim Deutschen Buchdrucker-Verband, um durch den ADGB, bei gutem Prüfungsergebnis, delegiert zu werden. Alle Vorbereitungen waren also getroffen. Mit dem nötigen Optimismus besetzt, machte ich mich an die Arbeit. Die Akademie verlangt drei Vorbereitungsarbeiten und drei sogenannte Examenarbeiten. (Prüfungsarbeiten.) Die drei Vorbereitungsarbeiten werden im Abstand von ungefähr einem Monat verlangt. Der Gang ist folgender: die Akademie schickt die erste Arbeit, man fristet sich durch, und zur festgesetzten Stunde muß man im Hörsaal der Akademie erscheinen, wo dann auf Grund des zu bearbeitenden Stoffes ein Thema gestellt wird. Die auswärtigen Teilnehmer haben ihre Vorbereitungsarbeiten einzusenden.

Hat man sich der drei Vorbereitungsarbeiten entledigt, muß man die drei Examenarbeiten zu Hause schreiben. Die Akademie stellt acht Themen, wovon der hoffnungsvolle Anwärter sich drei auswählen kann. Das Material zu diesen Arbeiten muß man sich selbst beschaffen. Alle drei A-eiten müssen innerhalb eines Monats der Akademie zur Prüfung eingesandt sein, mit dem Vermerk: „Die Arbeit habe ich vollkommen selbständig angefertigt.“ (Was sehr selten vorkommen soll.) In der Hoffnung auf ein günstiges Prüfungsergebnis scheint die Zeit des Wartens (ein Monat) nicht vergehen zu wollen. Nicht nur, um etwas Ordentliches zu lernen, will man die Akademie besuchen, sondern man hofft wieder einmal neun Monate „in Arbeit“ zu sein! Die Akademie ließ sich aber Zeit, und das Prüfungsergebnis kam und kam nicht, die Spanne bis zum Beginn des neuen Lehrganges wurde immer geringer. Bei der telephonischen Anfrage bei der Akademie bekam ich den Bescheid, daß meine Arbeiten zur Stadt übergeleitet seien. Ich wunderte mich, daß meine Arbeiten zur Stadt geschickt wurden, wo ich mich doch beim ADGB beworben hatte. Ich wußte sofort, hier stimmt etwas nicht!

Beim Ortsausschuß des ADGB hatten sich zwölf Mann beworben, davon können nur drei zur Akademie. Nach langem hin und her stellte sich heraus, daß mein Name noch nicht einmal auf der Liste stand, geschweige denn einer der drei „Glücklichen“ zu sein.

Aber der Knalleffekt kam erst nach meiner Beschwerde. Es war nämlich ganz egal, ob ich mich jetzt beworben hatte oder nicht, denn die drei zukünftigen Teilnehmer waren schon ein Vierteljahr vor der „Prüfung“ bestimmt!!! Das heißt, es hat überhaupt nirgends eine „Prüfung der Arbeiten“ stattgefunden, sondern man hat gefragt, „was Bonzen Sohn bist du?“

Hätte wirklich eine „Prüfung“ stattgefunden und ich wäre „durchgesaut“, so hätte ich mir wenigstens sagen können: „Du bist der rechte Kerl nicht!“ Wenn die SPD und ihre Vertreter in der Gewerkschaft unter solchen Gesichtspunkten ausgewählt, macht sie die beste Propaganda für andere und gegen sich!

Und die Losung der Jugend ist: „Für die neue Richtung innerhalb der Gewerkschaft und heraus aus der SPD!“

„Es lebe die Sozialistische Arbeiterpartei!“

Otto Krüger.

Gewerkschaften und Klassenkampf

Von einem Düsseldorfer Buchdrucker wird uns geschrieben:

Der Kollege Lubinski schildert dann die Politik der heutigen Gewerkschaften, die notwendigerweise die Passivität begünstigen und was noch schlimmer ist, eine Vertrauenskrise innerhalb der Arbeiterschaft nach sich ziehen muß. 5 Millionen Arbeiter warten heute auf die Parolen der freien Gewerkschaften, noch haben wir die Möglichkeit uns das Vertrauen der Proleten zu erobern.

Dazu ist aber Voraussetzung eine klare Klassenkampfpolitik, die kein Kompromiß mit dem Klassengegner abschließt.

Daß Vertreter der freien Gewerkschaften sich einem Wirtschaftsbeirat beteiligen, der verdammte Ähnlichkeit mit demselben Wirtschaftsbeirat in Italien hat, sind rundweg von der Arbeiterschaft abzulehnen. Der Redner fordert zum Schluß, daß die Gewerkschaften sich endlich auf ihre eigene Kraft besinnen mögen, um dem drohenden Faschismus einen Damm entgegenzusetzen. Noch immer gilt der Satz von Marx, daß die Befreiung der Arbeiterschaft nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein kann. Reicher Beifall dankte dem Referenten für seine grundlegenden Ausführungen. Die nachfolgenden Diskussionsredner erklärten sich restlos einverstanden mit dem Referat. Nachfolgende Entscheidung, die deutlich den Willen der Düsseldorfer Buchdrucker zum Ausdruck bringt, wurde einstimmig angenommen:

„Die heutige Versammlung der Düsseldorfer Buchdrucker verlangt nach einem Referat des Gen. Lubinski über „Gewerkschaften und Klassenkampf.“ 1. Zu den bevorstehenden Lohnverhandlungen Kampf gegen jeden Abbau und fordert die 40-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich, bei evtl. Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruchs die sofortige Kampfaufnahme. 2. Ablehnung der Petition betr. Rüstungsfeierjahr, da mit solchen Resolutionen der Imperialismus nicht bekämpft werden kann. 3. Sofortige Zurückziehung der Vertreter der freien Gewerkschaften aus dem Wirtschaftsbeirat, der einen weiteren Schritt zum Faschismus bedeutet. Wir fordern die Besinnung auf die eigene Kraft, denn die Befreiung der Arbeiterschaft kann nur das Werk der Arbeiter selbst sein.“

Jugendblatt der SAZ

Jugendfürsorge

im 12. Jahr der Deutschen Republik

Von August Siemsen.

Die Weimarer Verfassung, die freieste Verfassung der Welt, hat neben anderen schönen sozialen Artikeln im Artikel 122 auch eine Extragabe für die deutsche Jugend. Er lautet:

„Die Jugend ist gegen Ausbeutung sowie gegen sittliche, geistige oder körperliche Verwahrlosung zu schützen. Staat und Gemeinde haben die erforderlichen Einrichtungen zu treffen.“

Aber während die SPD durch die Tolerierungspolitik des kleineren Übels Republik und Verfassung schützen will und dabei zuläßt, daß ein Stück der Verfassung nach dem andern außer Kraft gesetzt oder mit Füßen getreten wird, wird der Arbeiterklasse mit brutaler Deutlichkeit die Erkenntnis Lassalles zu Gemüte geführt, daß die Verfassung an sich nur ein Stückchen Papier ist, daß das, was auf dem Stück Papier steht, nur insoweit Geltung hat, als es den realen Machtverhältnissen entspricht. Diese realen Machtverhältnisse aber haben sich nicht zuletzt durch die katastrophale Politik der SPD immer mehr zu Ungunsten der Arbeiterklasse verschlechtert. Das gilt auch für die proletarische Jugend.

Wie steht es mit der Durchföhrung des Artikels 122 durch das zweite Kabinett Brüning?

Nun, vor Ausbeutung ist ein großer Teil der Jugendlichen auf höchst einfache Art geschützt. 800 000 Jugendliche werden nicht ausgebeutet, da sie arbeitslos sind. Aber diese Befreiung von der Ausbeutung hat die unangenehme Kehrseite, daß der Arbeitslose zwar nicht ausgebeutet wird, daß er aber auch nichts zu essen, daß er keine Existenzmöglichkeit hat, wenn nicht der Artikel 168 der Reichsverfassung durchgeführt wird, in dem es heißt:

Jedem Deutschen soll die Möglichkeit gegeben werden, durch wirtschaftliche Arbeit seinen Lebensunterhalt zu erwerben. Soweit ihm angemessene Arbeits Gelegenheit nicht nachgewiesen werden kann, wird für seinen notwendigen Unterhalt gesorgt.“

Diese Sorge hat die Regierung in der Weise übernommen, daß sie sich bei den Jugendlichen nicht mit dem immer unerträglicheren Abbau der Arbeitslosenversicherung begnügt hat, von dem die Arbeitslosen ganz allgemein betroffen sind, sondern indem sie kurzerhand

achtzig Prozent der jugendlichen Erwerbslosen völlig die Erwerbslosenunterstützung genommen

hat.

Dafür ist sie aber um so mehr bestrebt, die Jugendlichen, die weder Arbeit noch Brot bekommen, „vor sittlicher, geistiger und körperlicher Verwahrlosung zu schützen“. Dazu genügt heute nicht mehr der Schutz der Jugend von „Schmutz und Schand“, d. h. vor sozialen und revolutionären Filmen, vor Beeinflussung durch die Freidenker usw., man will der Jugend auch positiv etwas für ihre sittliche, geistige und körperliche Erziehung bieten. Herr Brüning hat in seiner Reichstagsrede gesagt:

„Entscheidend im ganzen ist der richtunggebende ethische Wille, der Wille zur nationalen Selbstbehauptung, zur Freiheit, aber auch zur Selbstzucht und zum Opfer für das Vaterland. Diesen Willen in unserm Volke und besonders in unserer Jugend zu wecken, sieht die Reichsregierung als ihre wichtigste Aufgabe an. Das Volk und vor allem die Jugend muß vor den Einflüssen der Zersetzung geschützt und vom Geiste der Vaterlandsliebe und Opferwilligkeit erfüllt werden.“

Wenn nur die Jugend einsieht, daß Hunderte von Millionen an Zöllen und Subventionen für Großagrarien und bankrotte kapitalistische Unternehmungen

auf Kosten der hungernden Masse um des Vaterlandes willen gezahlt werden müssen, dann wird sie nach Herrn Brüning opferwillig Arbeitslosigkeit und Hunger tragen, erfüllt von dem Willen zur nationalen Selbstbehauptung und zur Freiheit.

Und der Herr Reichswehr- und Reichsinnenminister Groener wurde in der frischen Art, die den Offizier auszeichnet, vor den Pressevertretern noch etwas deutlicher, als er es für seine vornehmste Aufgabe erklärte,

„die Jugend von der Straße wegzubringen, sie zu Zucht und Ordnung zu erziehen, sie körperlich zu ertüchtigen und in ihrer geistigen Haltung wehrhaft zu machen.“

Vorher hatte er „drakonische Ausnahmestimmungen“ und ihre Durchführung mit „aller Härte“ in Aussicht gestellt. Das kann doch nur heißen, daß die hungernden und frierenden jugendlichen Arbeitslosen, die trotz aller erzieherischen Bemühungen der Reichsregierung noch immer nicht genug Vaterlandsliebe und

Opferwillen zeigen, sondern zunächst mal Essen, Kleidung und eine warme Bleibe haben möchten, mit den Methoden des Gummi-knüppels zur Reason gebracht werden sollen.

Und die körperliche Erziehung und geistige Wehrhaftmachung? Wie werden die aussehen? Etwas allgemeine Arbeitsdienstpflicht mit Kasernierung und militärischen Drill? Soeben lese ich in der Presse, wie in einem schlesischen Kreis Erwerbslosenkurse mit öffentlichen Mitteln von den Nazis veranstaltet werden, in denen die Jugendlichen nach dem eigenen Bericht der Nazis Kleinkaliberschießen üben und in der vom preußischen Kommiß her bekannten „humorvollen“ Weise geschult werden. Entspricht das so etwa den Wünschen des Herrn Reichswehrministers, der bereits im verflorzten Reichstag die militärische Erziehung der deutschen Jugend nach dem Vorbild der faschistischen Italiens wünschte?

Und was sagt die Sozialdemokratie dazu?

Sie schweigt. Sie ist so damit beschäftigt, ihren Sieg über die nationale Opposition zu feiern und auf Grund der Nazimordtaten in Braunschweig die Einheit der Arbeiterbewegung im Zeichen der SPD zu fordern (obwohl Herr Brüning und Herr Groener, denen sie den Steigbügel hält, keinerlei Anstalten machen, gegen die Nazihorden zu reiten), daß sie ganz überhört, was Herr Groener der arbeitenden Jugend für Gaben in diesem Winter bescheren will. Oder hat sie gar nichts dagegen einzuwenden? Liegen positive Einstellung zur Reichswehr, Panzerkreuzer, nationale Zuver-

lässigkeit und Wehrhaftmachung der Jugend in einer Linie?

Der bisher kurz gekennzeichneten „Jugendfürsorge“ gliedert sich würdig an, was die nächste Notverordnung der Jugend bringen soll.

Die „Fürsorge“, in die bisher diejenigen Jugendlichen kamen, die als Opfer der kapitalistischen Gesellschaft mit der heutigen sozialen Ordnung in Konflikt gekommen oder asozial veranlagt waren, war gewiß erst in seltenen Fällen, was sie sein sollte, Erziehungsstätte für diese unverschuldet Unglücklichen. Sie war, wie zuletzt noch der Schauenprozeß zeigte, oft Stätte der Feinigung und der Erziehung zum asozialen Menschen oder zum Verbrecher. Wenn aber diese neue Notverordnung auf Anregung Preußens (!) statt die Fürsorgeerziehung zu verbessern, ihre Dauer um zwei Jahre verkürzen und die „Unerziehbaren“, d. h. die Psychopathen, überhaupt nicht mehr durch die Fürsorge erfassen will, so kann man das nur als ungeheuerlich bezeichnen, nicht nur um dieser armen Menschen willen, die man sich selbst überläßt, sondern auch um der Gesellschaft willen, gegen die diese Asozialen, von der Gesellschaft im Stich gelassen und auf den Weg des Verbrechens gezwungen, sich nun wenden müssen.

So sieht die Jugendfürsorge der Regierung aus, deren durch ihre Tolerierung ermöglichtes Fortbestehen die SPD als großen Sieg in die Welt posaunt. Heißt das nun den Faschismus abwehren oder ihn vorbereiten?

Proletarische Wehrhaftigkeit

Eine SJV-Gruppe folgt gespannt den Ausführungen des Referenten, der über Wehrhaftigkeit des Proletariats spricht.

Der Referent ist Gegner des Schutzbundgedankens, Gegner der Uniformierung. Er begründet: Schutzbund, Reichsbanner, Rot Front usw.; Muskelkampf statt Kampf der Hirne. Die Uniform stellt ihren Träger als Zielobjekt für Leberfelle heraus. Kein Klassen-genosse darf Opfer solcher Soldatenspiele werden. Ihm, dem Referenten, erscheint der Weg zur Wehrhaftigkeit über Sonderorganisationen nicht zweckmäßig. Sinngemäß schließt er: Vereinen wir alle Kräfte des Proletariats im Wissen um die ökonomische Basis des Kampfes. Jeder wissende Prolet stellt zum gegebenen Zeitpunkt seinen Mann auch ohne vorbereitende Sonderorganisationen.

In der Diskussion erhebt sich ein lebhaftes Für und Wider mit interessanten Einzelheiten. Ein Debatteredner tritt für die Uniform ein.

Er sagt: ihre Häufigkeit erzwingt Beachtung und Furcht seitens des Gegners. Die Mehrzahl der Diskussionsredner befand den Schutzbund als notwendige Waffe im gegenwärtigen Stadium des Kampfes.

Plötzlich erscheint eine Jugendgenossin der KJ als Abgesandte im Versammlungsraum. Das Mädcl erhält vom Gruppenleiter das Wort. Sie überbringt uns die Aufforderung zur Bildung einer gemeinsamen Abwehrfront gegen den Naziterror in unserem Kreis und fordert von uns die Zustimmung zu einer gemeinsamen Mitgliederversammlung.

In der Diskussion formulieren wir die folgende Antwort: Die SAP ist getreu ihrem Gründungsgedanken immer bereit, die Einheitsfront des Proletariats zu fördern und zu bilden. Sage du deinen Genossen, daß unsere Führer sofort bereit sind, sich mit den euren zur Beratung zusammenzusetzen. Sage ihnen aber auch, daß wir von euch den ehrlichen Willen zur gemeinsamen Kampffront fordern. Wir lassen uns nicht zu Propagandaversammlungen für die KJ mißbrauchen, solange ein Teil eurer Genossen uns in unseren eigenen Versammlungen noch mit Terror belämpft.

Diskussionen zum Programm

Von Roland Beutner

Konkret notwendig für die sozialistische Jugendbewegung unter Führung der SJV ist gegenwärtig zweierlei: eine möglichst klare, übersichtliche Herausstellung unserer politischen und taktischen Linie innerhalb unserer eignen Reihen und deren weitestgehende Popularisierung, Verbreitung unter die Massen.

Scharf und energisch muß innerhalb unserer Gruppen daran gezeanzen werden, unser Aktionsprogramm zu diskutieren und darüber hinaus festzulegen: unsere Stellung und Kampfmaßnahmen gegenüber bürgerlichen Verbänden, Institutionen usw., unsere Abgrenzung von der taktischen Linie des KJV, unsere prinzipielle Einstellung zu Staat und Wirtschaft, eindeutige Stellungnahme zur Sowjetunion.

Vielleicht erfassen alle geeigneten Genossen die Möglichkeit, an einer schnell aufeinanderfolgenden Artikelreihe in der Jugendbeilage der „SAZ“ zur politischen und taktischen Linie des SJV mitzuarbeiten.

Wie aber auch Thema und Aufbau der Artikel sein mag, keinen Augenblick lang darf versäumt werden, die programmatischen Forderungen des Aktionsprogramms zugrunde zu legen. So intensiv und übersichtlich wie möglich müssen alle grundsätzlichen und taktischen Fragen genau geklärt, gemeinverständlich ausgedrückt und mit allen Mitteln in die Gruppen getragen werden.

Unbedingt muß in allen Gruppen unser Programm sehr rasch zum Allgemeingut jedes Genossen werden, wir haben nicht allein

für unsere, wir haben ja außerdem noch für die Aufklärung aller indifferenten und für die Diskussion mit gegnerischen Kräften zu sorgen.

Sobald genügend fähige Genossen sich mit den wichtigen Fragen vertraut gemacht haben, muß ein rückhaltloser Vorstoß gegen die Angriffe der gegnerischen Organisationen einsetzen. Nicht die anderen, sondern wir fordern Diskussionen heraus, nicht die anderen, sondern wir beherrschen die Diskussionen!

Wir fragen die SAJ:

Warum toleriert die SPD immer noch das System Brüning, obwohl selbst ein Blinder einsehen muß, daß die Arbeitermassen infolge dieser Politik die SPD verlassen, wie alle die letzten Wahlen bewiesen haben? Nicht der Organisationsapparat der SPD kann den Faschismus abwehren, sondern die Masse des Proletariats wird dazu benötigt, um diese Masse zu gewinnen; muß man aber eine gerade entgegengesetzte Politik treiben, als sie gegenwärtig von der SPD getrieben wird? Wir fragen die jungen Proletarier in der Hitlerjugend:

Ist euer Platz an der Seite dieser Söhnchen von Bankdirektoren und verkrachten Offizieren? Habt ihr nie erfahren, was der letzte Krieg für jene gewesen ist, die ihn erleben mußten? Ist nicht der Gedanke an eine Verbrüderung aller Schaffenden auf der ganzen Welt unendlich größer und höher als eine Verbrüderung aller Deutschen? Wir fragen die kommunistische

Das Mädcl von der KJ verläßt den Raum. Wir alle funkten, daß sie zu uns gehörte.

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Ja! — und immer wieder ja! Aber erste Forderung für den Tageskampf: Proleten in Deutschland vereinigt euch im gemeinsamen Abwehrwillen gegen den Klassenfeind!

W. G.

Die Spieltruppe

Schon in den ersten Tagen nach Gründung des Sozialistischen Jugendverbandes wurden in vielen Bezirken eigene Spieltruppen geschaffen, die sich inzwischen unter der Parole „Jedem Unterbezirk seinen Spieltrupp“ stark vermehrt haben. Das Fundament dieser Spielgemeinschaften bildeten in den allermeisten Fällen Genossen, die bereits in der SAJ in einer solchen wirkten.

Dieser Umstand führt dazu, daß viele Trupps ihre Arbeit noch in der von der SAJ aufgezeigten Weise betreiben und nicht beachten, daß die Spieltruppen, die der Ausdruck des Willens unserer Bewegung sein sollen, andere Aufgaben haben, da unsere Jugend ungleich stärker in den politischen Tageskampf gestellt ist als die SPD-Jugend. Daher wollen wir uns nicht damit begnügen, auf Versammlungen zart politisch gefärbte, humoristische Songs von uns zu geben, auch nicht damit, bei besonderen festlichen Anlässen auf mit allen Schikanen ausgestatteten Bühnen große Sprechchöre zu stellen, die am Ende eine große rote Fahne schwingen und fragen: „Was will das Proletariat?“ Wir wollen als unsere nächste Aufgabe die Agitation betrachten. Wir müssen uns lösen von der symbolischen Darstellung, die mehr verwischt als klärt, und an Hand der Tagesereignisse in lebendigem Spiel unsere Ideen und Forderungen proklamieren. Unser Programm muß aktuell sein und eine ausgeprägte Tendenz haben. Man könnte z. B. mit Themen, wie Groener als Reichswehr- und Innenminister, die Braunschweiger und Bremer Affären, die Hessenwahlen, einen ganzen Abend füllen. Die Trupps sollten versuchen, es durch Auswahl und Schulung dahin zu bringen, daß jeder der Spieler sich seinen Text allein machen kann, daß gewissermaßen ein aus dem Augenblick geborenes politisches Stegreifspiel entsteht. Es muß auch nicht immer eine Bühne nötig sein, damit alles klappt; in jeder Saalecke muß gespielt werden können. Das würde besonders für die Landagitation gelten. Nicht die Ausstattung muß den Erfolg bringen, sondern das gesprochene Wort und die Geste.

Bei diesen Anforderungen ist natürlich eine präzise Arbeit notwendig, und der Ehrgeiz der Unterbezirke, um jeden Preis einen Spieltrupp zu besitzen, ungebracht. Bevor man an die Gründung eines solchen geht, ist es besser, sich erst sehr genau die zur Verfügung stehenden Kräfte anzusehen. Lieber einen schlagkräftigen Trupp öfter austauschen als selber einen schlechten ausmachen!

Lothar Fuhrmann.

Jugend:

Glaubt ihr, daß diese gedankenlose Verflachung des politischen Kampfes, der von der KPD getrieben wird, die Arbeitermacht zum Siege führen wird? Glaubt ihr, daß der Riesenkampf der Arbeiter gegen die furchtbare Maschine eines hochentwickelten kapitalistischen Staates geführt werden kann mit einer geringen, geschulten Minderheit: mit einer „Führung“ allein? Wir werden die Massen brauchen, aber eine systematisch geschulte Masse, die Vertrauen zu einer zentralen Führung hat. Dieses Vertrauen wird aber keinesfalls geschaffen, wenn eine sinnlose Aktion nach der anderen durchgeführt wird und mit Verlusten für die Arbeiterschaft endet, ohne auch nur einmal einen Vorteil für die kämpfenden Proletarier gebracht zu haben.

Systematisch muß der verelendeten, verhetzten Masse die Idee des Sozialismus ins Hirn gehämmert werden, ohne unnötige Opfer, ohne der Staatsmaschine gewünschten Grund zu brutalen Maßnahmen zu geben, mit stummer aber unermüdlicher Arbeit das Riesenherd des schlafenden Proletariats zum Kampf aufgerüttelt werden.

Wir werden fragen und ihre Antworten hören — es ist uns im voraus bekannt, was alles an armbildenden Argumenten wir hören werden. Und in diesen Diskussionen schlagen wir einen Teil der Schlacht, die die Mobilisation des gesamten Jungproletariats zum Ziele hat, und gute Schulung auf diese Kämpfe ist Voraussetzung für den Sieg. Lernen! Diskutieren! Mobilisieren!

Feuilleton der SAZ

Dialektisches Denken

Es ist kein Zufall, daß unter den Grundsätzen der marxistischen Theorie, die den besonderen Zorn Eduard Bernsteins erweckten, als er 1898 die Voraussetzungen des Sozialismus untersuchte und sie der voraussetzungslosen Unterstützung des Kapitalismus opferte, die dialektische Methode war. Für den Reformismus ist eine Denkmethode nicht zu gebrauchen, die in ihrer materialistischen Durchbildung durch Marx und Engels die Entwicklung des inneren Widerspruchs jedes sozialen Organismus aufzeigt und diese Entwicklung mit der objektiven Notwendigkeit eines Sprunges, einer Revolution, einer Zerstörung der alten Schale, abschließt. Man mußte die Revolution als reale Notwendigkeit und unabweichlichen Abschluß zunächst in der Idee streichen, um sie in der Politik besser ausschalten zu können. Der Reformismus ist ein geschworener Feind der Dialektik, während die stärksten dialektischen Denker und Lehrer des Proletariats in der Periode der letzten 30 Jahre, Lenin und Rosa Luxemburg, auch die weitestgehenden revolutionären Führer gewesen sind.

Dialektisches Denken ist nicht abhängig von der Kenntnis und Anwendung der Hegelschen Begriffslogik, obwohl speziell Marx und auch Lenin zur Schärfung des Denkvorganges sich sehr ausführlich mit Hegel beschäftigten. Dialektisches Denken ist auch nicht eine Angelegenheit der Studierstube und der Beschäftigung mit rein theoretischen Fragen. Die besten Beweise dafür hat Marx selbst erbracht, der in seiner beispiellosen Fähigkeit, in allen ökonomischen und politischen Komplexen und Teilercheinungen die Entwicklung des inneren Gegensatzes aufzuspüren und dialektisch zu lösen, uns Antworten auf viele Fragen gegeben hat, an denen die empirisch nagenden Dilettanten sich die Zähne ausgebissen haben.

Ein Beispiel solcher dialektischen Denkarbeit ist beispielsweise

die Entwicklung des Charakters der Ware Geld.

Ihre gegensätzliche Erscheinung als Wert, also Ausdruck einer gewissen festgeronnenen Masse allgemein-menschlicher Arbeitskraft, und als Ausdruck gewisser historisch entstandener Funktionen, die sie als Zahlungsmittel ausüben hat, umschließt eines der undurchsichtigsten Gebiete der Ökonomie des Kapitals. Die Entwicklung des inneren Gegensatzes der Ware Geld erleben wir jetzt und haben wir zur Zeit der Inflation erlebt, wo sie bis zur Aufhebung des Wertcharakters des Geldes ging, womit gleichzeitig auch seine Funktion als Zahlungsmittel entfiel — damals und heute zeigte es sich, daß hinter der Entwicklung des inneren Widerspruchs der Ware Geld der soziale Gegensatz der Klassen lauert. Die Aufhebung des Gegensatzes ist ein historischer Prozeß, die soziale Revolution. Als Lenin in seinem herrlichen Aufsatz über das Geld in der sozialistischen Gesellschaft den Vorschlag machte, nach dem Sieg des Proletariats zum Zeichen der Entthronung der Ware Geld ein Preis aus reinem Gelde zu erstellen, zeigte er jene Kühnheit des Gedankens, den nur die dialektische Denkmethode geben

kann. Genau so hat Engels aus der Entwicklung des Hegelschen Satzes: „Alles was wirklich ist, ist vernünftig!“ mit Hilfe der Hegelschen Denkmethode die revolutionäre Folgerung abgeleitet: Alles was besteht, ist wert, daß es zugrunde geht. Das ist nicht eine Begriffsspielerei, sondern die Formulierung des objektiven Entwicklungsgesetzes in Natur und Gesellschaft. Dialektisches Denken sieht eben alle Dinge nicht nur in ihrer äußeren Erscheinung, ihrer Statik gewissermaßen, sondern entwickelt den inneren Kern, der immer das Gegeneinanderwirken zweier Kräfte umschließt und dieses Gegeneinanderwirken sieht der Dialektiker in seiner Dynamik, seiner Richtung, seiner notwendigen Konsequenz. Und er wird, in der Erkenntnis der objektiven Notwendigkeit einer Entwicklung in Gegensätzen die Aenderung des bestehenden Zustandes davon erwarten, daß dieser Gegensatz auf die Spitze getrieben und die alte Form gesprengt wird. Dialektisches Denken in der Politik muß denn auch zu ganz bestimmten Forderungen und Lösungen führen, deren Grundgedanke etwa der, daß die revolutionäre, aufstrebende Klasse gar nicht daran denken kann, die Widersprüche des Systems abzuschwächen und den Kapitalismus gewissermaßen zu zähmen und zu organisieren, denn das ist eine objektive Unmöglichkeit. Auch der Kapitalismus wird, wie noch jede historische Gesellschaftsform, seine inneren Gegensätze auf die Spitze treiben und damit zugleich die Gegenkräfte schaffen und entwickeln, die ihm vollends den Todesstoß geben müssen.

Dialektisches Denken hat nichts mit fatalistischem Abwarten und Zusehen zu tun, sondern weist gerade dem tätigen, revolutionären Politiker die wichtigste Aufgabe zu. Die Philosophen haben die Welt verschieden interpretiert, es kommt aber darauf an, sie zu verändern, sagt Marx in seinen Thesen zu Feuerbach. Die Veränderung der Welt, das ist die revolutionäre Umwälzung, und darauf die Klassenkräfte vorzubereiten, ist die Aufgabe. Nicht aber die eigenen Klassenkräfte dem Gegner zur Verfügung zu stellen, wie es die sozialdemokratische Politik macht. Die positive Mitarbeit auf dem Boden des bestehenden Staates und im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaft bedeutet eine Festigung dieses Staates und dieser Wirtschaft, muß ihr neue Kräfte zuführen auf Kosten der Angriffskraft der revolutionären Klasse. Als Ausdruck der grundsätzlichen Negation des kapitalistischen Klassenstaates lehnte die Sozialdemokratie der Vorkriegszeit prinzipiell den Etat ab. Als man die Budgetfrage erst einmal taktischen Zweckmäßigkeiten unterworfen hatte und die Durchlöcherung der prinzipiellen Negation zugelassen hatte, schlug die sozialdemokratische Politik bald in die positive, staatsverhaltende Tätigkeit der Kriegszeit um, die ganz folgerichtig in der Niederwerfung der revolutionären Bewegung 1918—20 endete.

In der heutigen Periode des kapitalistischen Wirtschaftszusammenbruchs und der tiefgehenden Krise des bürgerlichen Klassen-

staates genügt die rein prinzipielle Negation der Vorkriegszeit nicht mehr. Jetzt muß die Arbeiterschaft Forderungen aufstellen, die ganz bewußt die Sprengung der bürgerlichen Eigentumsprivilegien, der kapitalistischen Kommandogewalt über die Produktion, der Funktionen der staatlichen Herrschaftsgewalt im Keim enthalten. Solche Forderungen sind beispielsweise die Kontrolle der Produktion durch Organe der Arbeiterschaft, die Schaffung von Arbeiterwehren und Selbstschutzorganisationen, da der Klassenstaat der Bourgeoisie und seine Polizeiorgane offenkundig nicht in der Lage sind, den faschistischen Aufmarsch, diese letzte Reserve der Bourgeoisie einzudämmen und zurückzuschlagen. Sie wollen auch gar nicht. Völlig undialektisch gedacht vom Standpunkt der Erhaltung der Lebensfähigkeit des Kapitalismus sind dagegen die Forderungen der Gewerkschaften auf Bankenkontrolle — durch die Brüningregierung, auf Preisabbau — durch die großkapitalistischen Konzerne und Kartelle. So plausibel diese Forderungen klingen, so illusionär sind sie. Das Großkapital wird die Preise dann abbauen, wenn es aus inneren Triebkräften der kapitalistischen Ökonomie dazu gezwungen wird, nicht vorher. Freiwillige Zugeständnisse etwa an die Arbeiterklasse gibt es in dieser Situation nicht, um höhere Löhne kann das Proletariat kämpfen, um billigere Preise aber nicht. Der Preisabbau wird die Kulisse vor der Untätigkeit der Gewerkschaftsinstanzen, diese Untätigkeit erwächst aus der Unfähigkeit, über den Rahmen der gegebenen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse hinauszudenken, die Sprengung dieses Rahmens zu wollen und zu betreiben — dialektisch zu denken und nach den Grundsätzen der marxistischen Theorie zu handeln.

Fritz Rück.

Hochverräter Alfons

Ein König, der ausrückt
Mit Juwelen und Gold
Und dem man noch nachschickt
Den fälligen Sold:
Das gab es in Deutschland
Allein auf der Welt.
Der Kaiser in Holland,
Der hat unser Geld.

Auch Alfons aus Spanien
Hat still sich verdrückt.
Jetzt hat man dem Helden
Das Urteil geschickt.
Man hat ihn geächtet,
So mußte es sein.
Wann werden wir Deutschen
Noch spanischer sein?

K. G.

Ein Wort Marats

Bald werdet Ihr sehen, wie die bevorrechteten Stände sich wieder erheben und der Despotismus, der brutalste Despotismus wieder wütet, ärger als zuvor. fünf- bis sechshundert aberschlagene

Köpfe hätten euch Ruhe, Freiheit und Glück gesichert. Eine falsche Sorglosigkeit hat euren Arm gelähmt, eure Schläge zurückgehalten. Das wird euch das Leben einer Million eurer Brüder kosten. Wenn eure Feinde auch nur einen Augenblick das Übergewicht erlangen, dann ist es mit der Freiheit vorbei — in großen Strömen wird das Blut fließen, ohne Mitleid werden sie euch erwürgen.

Kleines Feuilleton

Wagner fördert den — Bierkonsum! ▼

Eine bürgerliche Korrespondenz berichtet: „In einer Versammlung englischer Gastwirte kam zur Sprache, daß von der medizinischen Fakultät unlängst eine „Reizprüfung zum Alkoholgenuß“ für verschiedene Arten von Musik in einer Reihe großer Gaststätten veranstaltet worden ist. Zur Prüfung ist auch die Musik hervorragender deutscher Klassiker herangezogen worden. Besonders auffallend war die Wirkung der Wagner'schen Musik. Anlässlich eines Wagner-Konzertes wurden fünfzehnmal mehr Bier verkonsumiert als bei einem gemischten Programm.“ — Kommentar überflüssig!

Neue deutsche Bühnenwerke.

„Amokläufer“, ein neues Bühnenwerk von Arthur Ernst Rutra, kommt Anfang Dezember am Münchener „Schauspiel der Gegenwart“ zur alleinigen Aufführung.

„Sein oder nicht sein...“ betitelt sich ein neues Bühnenwerk von Eleonore Kalkowska, das soeben zum Bühnenvertrieb gelangt.

Die größte pädagogische Bücherei der Welt

Anlässlich ihres 60jährigen Bestehens veranstaltete die Leipziger Comenius-Bücherei dieser Tage eine Feier. Im Laufe der Zeit hat sich diese Bibliothek zur größten pädagogischen Fachbücherei der Welt entwickelt. Sie umfaßt 320 000 Bände; 920 Zeitschriften werden laufend gehalten. Die Comenius-Bücherei stellt auch eine Leihbibliothek größten Stiles dar. Im Jahre 1930 wurden rund 70 000 Bände verliehen; in diesem Jahre dürfte sich die Zahl auf 80 000 erhöhen.

Ein englisches Buch über Gandhi

Der englische Schriftsteller C. F. Andrews hat ein neues Buch über „seinen Freund Mahatma Gandhi“ geschrieben, welches einen Niederschlag der gesamten Weltanschauung des großen Inders darstellt. Das Werk wird auch demnächst in Leipzig in deutscher Uebersetzung herauskommen.

Der Urhahn der Lexika.

Durch eine französische archäologische Gesellschaft, welche in Nord-Syrien arbeitet, wurde eine Tontafel aufgefunden, die man wohl als ältestes Lexikon der Welt ansprechen kann. Das Alter der Tafel wird auf rund 3000 Jahre geschätzt. Sie ist in einer Sprache abgefaßt, die man bisher noch nicht kannte. Man nimmt an, daß dies Ur-Lexikon einmal an einer Priesterschule benutzt wurde.

Die in ihre Hände fallen...!

ROMAN von JUSTIN RICHTER

Copyright by Greifenverlag Rudolstadt

6. Fortsetzung.

II.

Als es am Sonntag morgen bei Familie Wehner lautete und Hedi die Tür öffnete, stand ein fremdes Mädchen draußen.

„Sie wünschen?“ fragte Hedi.

„Ja, Hedi kennst du mich denn wirklich nicht mehr?“ kam es als Antwort. „Ich bin doch die Betty Wolf aus Lettstadt. Wir haben doch Haus an Haus nebeneinander gewohnt.“

„Was ist denn mit dir los,“ sagte Hedi später im Zimmer. „du bist ja ganz verändert. Du siehst so sonderbar aus, und die alten Kleider, die sind ja ganz verwaschen.“

Ein bitteres Lächeln zog über die Lippen des fremden Mädchens.

„Ich glaub's gern, wenn du wüßtest, wie es mir gegangen ist. Ich komme gerade aus der Erziehungsanstalt. Heute früh haben sie mich entlassen. Ich weiß nicht wohin. Da fiel mir dein Vater ein. Laß mich zu deinem Vater.“

„Mein Vater ist tot,“ erwiderte Hedi.

Ein bitterliches Schluchzen erschütterte den jungen Leib des Besuchs.

„Das war der einzige Mensch auf Erden, zu dem ich noch Hoffnung hatte. Jetzt ist auch das nichts. Jetzt weiß ich mir nicht mehr zu helfen.“

„Vertrau' dich mir an, vielleicht kann ich dir auch helfen.“

„Du, was kannst denn du helfen. Du bist gerade so ein hilfloses Mädchen wie ich auch. Mit uns machen sie ja doch, was sie wollen. Ich hab's erfahren drei Jahre lang.“

„Ja, um Himmels willen, erzähle doch nur, was dir passiert ist.“

„Du weißt doch, daß mein Vater gestorben ist, wie ich noch ganz klein war, damals wart ihr noch in Lettstadt. Wie ich fünfzehn Jahre alt war, ist auch meine Mutter gestorben. Jetzt war ich ganz allein. Meine Tante hier in Weinsburg hat mich dann zu sich genommen. Es ging einigermaßen an. Ich habe auch ein bißchen verdient. Ich war beim Stury als Stickerin. Da haben wir immer die Fahnen für die Vereine gestickt. Mir hat's Freude gemacht. Vierzig Mark hab' ich im Monat verdient. An meinem siebzehnten Geburtstag habe ich mir gedacht, heute möchte ich einmal etwas erleben. Jetzt bin ich schon so alt, und heute habe ich Geburtstag, heute muß es einmal anders sein wie sonst. Abends war ich im Kino. Wie ich herausgegangen bin, hat mich ein Student angesprochen. Das hat mir gerade gepaßt. Dann sind wir in die Weinstube zur goldenen Traube, drei Schoppen habe ich getrunken. Mir ist's ganz duselig geworden. Gekessen habe ich auch nichts gehabt. Und ihm wollte ich's doch nicht sagen, daß ich Hunger habe. Es hätte wahrscheinlich auch nichts geholfen. Er hat so schon alle Zehner zusammenkratzen müssen, um den Wein zu bezahlen. Wie wir dann rausgegangen sind, war ich nicht mehr fest auf den Beinen. Da ist er zärtlich geworden. Um den Leib hat er mich gepackt und abgeküßt hat er mich. Und wie wir dann da weiter unten an den freien Platz gekommen sind, führte er mich unter die großen Torbögen beim alten Bahnhof. Dort war's ganz dunkel. Nur ein paar alte Brückenwagen standen in den Bögen. Dort ist's passiert...“

„Halt“, schrie auf einmal einer, „Sitten-

polizei! Ihr seid verhaftet.“ Dann kamen wir auf die Polizei. Er hat seine Studentenkarte vorgezeigt, dann haben sie ihn wieder laufen lassen. Mich haben sie über Nacht eingesperrt. Ein paar Tage später bin ich ans Amtsgericht vorgeladen worden. Zimmer 26, Amtsrichter Schubert ist dort an der Tür gestanden. Der hat was gesagt von verwahrlost und keine Erziehung und der Staat muß für Erziehung sorgen und in die Fürsorge wollten sie mich stecken. Mein Vormund war auch vorgeladen. Der hat gesagt, tut sie nur nei, dann hab' ich sie doch los, und brauch' mich um nichts weiter zu kümmern. Am nächsten Tag ist mein Chef zu mir gekommen.

„So eine bist du,“ hat er gesagt, „du bist mir eine schöne. Glaubst du, ich setze mir Mäde daher, bei denen man ans Amtsgericht laufen muß. Ich kann andere auch kriegen, die einem nicht solche Scherereien machen.“ Und dann hat er mir gekündigt.

Ein paar Wochen später kam ein Schutzmann zu meiner Tante und hat mich abgeholt und hat mich in die Erziehungsanstalt gebracht. Das Amtsgericht hat's so angeordnet gehabt. Drei Jahre war ich jetzt drinnen in dem Kasten, in dem gottverfluchten. Gestern, an meinem zwanzigsten Geburtstag, haben sie mich entlassen. Vorläufig haben sie gesagt. Auf Wohlverhalten. Wenn ich wieder so unsittlich bin, haben sie gesagt, dann komme ich noch einmal hinein, bis ich einundzwanzig bin.“

Hedi hatte mit wachsendem Staunen zugehört. So etwas gab's auf der Welt! In ihrem Leben war alles so rein und glatt verlaufen, nur einmal hatte sie der Schmutz berührt. Damals auf der Polizei. Das kam ihr längst wie ein unwahrer böser Traum vor, und nun hörte sie, daß es wirklich heranwachsende Menschen gab, bei denen der Staat mit plumper Hand in das Leben eingriff. Und die Betty Wolf mußte das Opfer werden. Sie kannte sie schon von Jugend auf. Sie hatten als Kinder zusammen gespielt. Die Eltern

waren angesehene Leute gewesen. Die Betty immer eine der besten in der Schule. Es war also doch wahr — wie sie es als Kind, nur halb erfaßt, gehört hatte —, daß Witwen und Waisen bedrückt werden von den Machthabern der Erde.

„Und in der Anstalt,“ fragte Hedi, „ist dir's denn da so schlecht gegangen?“

„Schlecht, um Gottes willen, schlecht ist gar kein Ausdruck. Das Niederträchtigste, das Gemeinste, was es auf der Welt gibt, ist so eine Anstalt. Weißt du noch, wie draußen in Lettstadt der Hubersepp sein Vieh behandelt hat. Den Schinderhannes haben ihn die Leute genannt, weil er so ein roher Kerl war. Lieber möcht' ich bei ihm als ein Stück Vieh im Stall stehen, als noch einmal in so eine Anstalt. Der war noch der reinste Heilige gegen die Weiber, die uns ‚erzogen‘ haben. Auf mich haben sie's besonders abgesehen gehabt. ‚Ich muß doch meine Hände schonen,‘ hab' ich in den ersten Tagen einmal gesagt, ‚ich bin doch Stickerin,‘ wie ich im Stall den Mist mit den Händen hab' hinausschaffen sollen. ‚Was,‘ hat die Schwester geschrien, ‚Hände schonen, dir geb' ich Hände schonen, du Luder.‘ Dann hat sie mich gepackt und hat mir den Kopf mitten in den Kuhmist gesteckt. Mit Gewalt hat sie mich drinnen gehalten, bis mir der Atem ausgegangen ist. Der ganze Mund und die Nase waren voll mit Kuhmist. ‚Dir geb' ich Stickerin,‘ hat sie geschrien. ‚Eine Stallmagd, wenn du werden darfst, mußst du noch froh sein.‘ Das war am zweiten Tage. Dann bin ich zur Oberin gerufen worden. Wegen Widersetzlichkeit hat mich die Schwester angezeigt. ‚Dir bring' ich die Flötentöne schon noch bei,‘ hat die Oberin gesagt, ‚du sollst noch lernen zu gehorchen. Du kommst vor das Anstaltsgericht. Wie sie mir den Kopf in den Mist gesteckt hat, da hab' ich mit den Beinen um mich getreten. Im Gesicht hab' ich sie getroffen. Das war ein Kapitalverbrechen.“

(Fortsetzung folgt)

Sportschau der SAZ

Schwerathletik Berliner Boxer in Meissen

Am Sonntagabend 14. November, wurde die Kampfmannschaft der sportlichen Vereinigung Liechtenberg erfolgreich bei der Meisterschaft im VSK, 1897, im Saal des „Alberthof“ in Meissen vor 1000 Zuschauern im Faustkampf ausgetragen. Im Faustkampf erzielte der Kampf zw. dem Gloger-Berlin und Kern Meissen einen Unentschieden. Im Ringkampf gewicht um die Faustbekämpfer mit Teilnahme zw. an die Faustbekämpfer. Heutzutage Berlin war im Faustkampf nicht so erfolgreich wie der Dresdener wurde. Punktsieger im Faustkampf John Berlin (Halt) und Sieger im Faustkampf bereits in der ersten Runde einen KO durch Fregel Niedermeier. Im Faustkampf wurde Amelung-Berlin Punktsieger unter Schiedsrichter Risa. Das Resultat ist somit Berlin gegen die Kommunisten als untergeordnet.

Amelung—Schroder

Vor einigen Tagen fanden sich in Hannover die beiden Schwergewichtler Amelung-Berlin und Schroder Hannover gegenüber. Der Berliner, immer noch durch die Handverletzung bedingt, konnte nur die zweite Runde für sich halten, während der ehemalige Berufsboxer in Hannover sich hatte.

Falkenstein (Sachsen) siegt mit 16:12 über Planitz

Der am Sonntag stattgefundene Spornkampf Falkenstein-Planitz endete mit einem Siege der Falkensteiner. Durch einige Fehlerurteile der Kampfrichter gewannen die Falkensteiner in der ersten Runde unentschieden. In der zweiten Runde holten die Planitzer deutlich auf, und es ging aus, als würden die Planitzer den Sieg noch drohten. Um die Bezirksmeisterschaft darften nach diesem Ergebnis Falkenstein und Grünauzschkau kämpfen.

Am gleichen Tage kämpften um die Bezirksmeisterschaft im Stämmen die Mannschaften von Plauen, Zwickau und Hartmannsdorf. Plauen ging mit 145 Pfd. als Sieger hervor. Dann folgten Zwickau mit 1202 Pfd. und Hartmannsdorf mit 993 Pfd.

Kleine Sportnachrichten

Die Schwimm-Kreismeisterschaften des 1. Kreises (Halle) wurden am Sonntag in Halle bereits aus der SAZ schon berichtet. Es war heute im Linnestadium ausgetragen. Die Wettkämpfe beginnen um 18.30 Uhr.

Berlin-Brandenburg Ein Jahr F.S.F. Berlin Sportrevue

So heißt die Veranstaltung, mit der die Freie Sportvereingung Fichte e.V. heute nachmittags in der „Neuen Welt“, Hasenheide, an die Öffentlichkeit tritt. Der Verein bietet die Berliner Arbeiterschaft, insbesondere die sporttreibende, um Unterstützung. Die Sportrevue bringen im Rahmen eines Kollektivreferats moderner Körperkultur. Beginn der Veranstaltung 16 Uhr, ab 18.30 Tanz. Eintritt 1,- Mk., Erwerblos 0,50 Mk.

Der Arbeiter-Radiobund, Ortsgruppe Breslau

Zusammensetzung: Gruppe Zentrum: John, Domscheit, 20.11.1932. Gruppe West: Jelen, 20.11.1932. Gruppe Süd: Gassmann, 20.11.1932. Gruppe Zinn: Jelen, 20.11.1932. Gruppe Deutsch-Lissa: Dieckmann, 20.11.1932. Gruppe Ost: Jelen, 20.11.1932. Gruppe Zentrum: Jelen, 20.11.1932. Gruppe West: Jelen, 20.11.1932. Gruppe Süd: Gassmann, 20.11.1932. Gruppe Zinn: Jelen, 20.11.1932. Gruppe Deutsch-Lissa: Dieckmann, 20.11.1932. Gruppe Ost: Jelen, 20.11.1932.

Arbeiter-Rad- u. Kraftfahrer-Bund „Solidarität“, Breslau

Abteilung Grabschen: 27. November, Abt. Grabschen, 27.11.1932. Abteilung Schilling: 24. November, Abt. Schilling, 24.11.1932. Abteilung Rosenhain: 25. November, Abt. Rosenhain, 25.11.1932. Jugendabteilung: 2. November, Abt. Jugend, 2.11.1932. Abteilung Grabschen: 27. November, Abt. Grabschen, 27.11.1932. Abteilung Schilling: 24. November, Abt. Schilling, 24.11.1932. Abteilung Rosenhain: 25. November, Abt. Rosenhain, 25.11.1932. Jugendabteilung: 2. November, Abt. Jugend, 2.11.1932.

Sport-Mord

Ein Menschenopfer der Rekordsucht

Wir entnehmen dem Sächsischen Arbeiter-Sport:

In verschleierte Weise bringt das Amtsorgan des Deutschen Schwimmverbandes, „Der Schwimmer“, eine Notiz, die wir aller Öffentlichkeit zugänglich machen müssen. Bei einem Schwimmwettkampf zwischen Polizeisportverein Stuttgart und Wasserfreunde, der mit großem Tamtam aufgezogen wurde, kam am Ende des Festes zu einem bedauerlichen Zwischenfall. Wir lassen verkürzt den Bericht folgen, der die erschütternde Tatsache kennzeichnet.

„Erwin Baumann ist kurz nach dem Verlassen des Wassers einem Herzschlag erlegen. Es war die Herren-Kraulstrecke über 6-50 Meter. Bis zum letzten Mann führten die Wasserfreunde mit 2 bis 4 Meter Vorsprung. Baumann stürzte als Schlussmann der Polizisten, und mit energieverzerrter Miene sprang er, als seinem Gegner nach. Man sah es seinem rasenden Schwimmtempo an, daß er sein Allerbestes, zu dem sein Körper und Geist fähig war, einsetzte. Eine Körperlange hatte er bereits aufgeholt, und der Kampf schlug sich zum Schluß auf ein Duell auf Leben und Tod, um Siegen oder Stürzen in des Wortes wahrster Bedeutung. Kurz vor dem Ziel kämpften beide Kopf an Kopf, und nur um einen Haarschlag früber schlug sein Gegner ins Ziel. Lausam, schwer atmend, starb Baumann aus dem Wasser langsam, bedacht schlüpfte er in seinen Badeumhang, setzte sich schweigend an die Seite seiner Braut und sank nach einer Minute hütten in sich zusammen. Der Spruch des Arztes lautete auf Tod durch Herzschlag infolge Überanstrengung.“

Diese erschütternde Tatsache beleuchtet schlaglichtartig den Rekordwahn des Schwimmverbandes. Sagen um jeden Preis, Rekordsucht und falscher Ehrgeiz, das sind die traurigen Merkmale der bürgerlichen Sportbewegung. Es ist ein bleibendes Schandmal, daß sie hier wieder einen Menschen im blühenden Mannesalter von 25 Jahren vernichtet hat. Es kann nicht die Schuld Baumanns sein, der sich überanstrengt hat. Nein! Der gesamten Bewegung mit dem wahnsinnigen Rekordfimmel, mit ihrer Kanorenzucht und Siegerehrlichung, der gegen wir die Schuld. Arbeitersportler! Schlagt diese Tatsachen bei jeder Gelegenheit den Bürgerlichen ins Gesicht.

Lest und verbreitet die vom Parteivorstand herausgegebenen Broschüren!

Sachsen

Soias / Chaiselongues Anlege-Matratzen

— Kraft Bettmatten —
— Solide Bettmatten —
— und Unverwundbar —

R. Stehli, G. Conewalde

Gelegenheitsposten Kleiderstoffen u. Kleiderseide

für Weihnachtsgeschenke

Auguste Jähne, Lauba

Fahrräder, Nähmaschinen Radio-Apparate bester Marken

in großer Auswahl

Aidin Wenzel, Lawalde

Phönix-Nähmaschinen

auch andere Marken. Fahrräder, Wasch- und Wringmaschinen in reicher Auswahl zu niedrigen Preisen

Friedrich D. N. Hausalza-Sprempo, N.B. Grammgarten und Zuber

Ausverkauf

Breslau

Haase Spezial-Ausschank

Gabitzstr. 22 (Eingang) Tel. 352 51

das Familienlokal des Südens

Vereinszimmer und Saal zu Versammlungen und Festlichkeiten jeder Art

Jeder Genosse kann bei seinen Verwandten mindestens 10 Broschüren absetzen. Damit leistet er seiner Bewegung große Dienste

Achtung Postbezieher!

Alle Postbezieher der „Klassenkampf“ und der „Sozialistischen Wochen-Zeitung“, die nicht beliebert werden, wenden sich sofort an die „Freie Verlagsgesellschaft m. b. H.“, Berlin-Tempelhof, Hohenzollerndamm 67 / Von dort aus wird dann die prompte Zustellung veranlaßt

Die Roten Bücher der Marxistischen Büchergemeinde

Im Dezember erscheint Bd IV

Das Programm der Revolution

zur Programmdebatte der SAZ von Anna Siemens

In Vorbereitung, Bd. V Gewerkschaften im Klassenkampf

Preis für Mitglieder 3,— (kein Eintrittsgeld) — Bei Einzelbezug 4 75.

Freie Verlagsgesellschaft
Berlin-Tempelhof, Hohenzollerndamm 67

Was bringt der Rundfunk?

Wir gehen von jetzt ab wöchentlich eine kurze Vorschau auf das Rundfunkprogramm. Sie soll das Programm nicht ersetzen, sondern lediglich unsere Leser mit besonders wichtige Veranstaltungen vertraut machen. (D. Red.)

Berlin. Deutschland-ender Königswusterhausen und Berliner Funkstunde: Sonntag, den 22., 2 Uhr. Totenfeier des Reichsbundes der Kriegsschädigten. Das Programm dieser Feier unterscheidet sich vorteilhaft von den vorigen kirchlichen Totensonntagsfeiern.

Deutschland-ender: Dienstag, den 24., 18.15 Uhr. Lauenburg und die geistige Lage der Gegenwart. Gespräch zwischen Staatspräsident a. D. Hellpach, Dr. J. Windschuh (M. d. R.) und Oberstleutnant Dr. Böhner (M. d. L.). Dieses einseitige Gespräch wird einen guten Eindruck in eine tankvolle Weltanschauung geben.

Berlin. Funkstunde: Montag, den 23., 6.55 Uhr. Red. Rat Dr. Erwin Rawicz: Zahlen als Fundament der Sozialpolitik. Der Vortragende ist ein guter Kenner der Materie. Sein Vortrag verleiht Anregungen. — Dienstag, den 24., 8.20 Uhr: Bruno Schönlan: Frühjahrsprogramm der Zeit. Besonders unsere Leserinnen empfinden.

Westdeutschland: Dienstag, den 24., 7.30 Uhr. Dr. Bruno Kuske: Entstehung und Entwicklung der Volkshilfen. Einleitung und Sachkenntnis des Vortragenden lassen ein objektives und klares Bild erwarten. — Freitag, den 27., 6.10 Uhr: Erik Reger liest aus seinem Roman „Union der festen Hand“. Der mit Recht preisgekronete Roman verdient größtes Interesse.

Noorddeutschland: Mittwoch, den 25., 6.30 Uhr: Dr. Schubring: Gandhi als Erzieher. Die in der englischen Gegenwartspolitik eine bedeutende Rolle spielende Gestalt des gewaltlosen Revolutionärs wird die deutsche Arbeiterschaft zweifellos interessieren.

Mitteldeutschland: Dienstag, den 24., 6.05 Uhr: Dr. Annemarie Hemberg: Die Frau in der Wirtschaftskrise. Die Vortragende ist Sozialistin und gute Kennerin des Stoffes. Ihr Vortrag wird nicht nur für Frauen vieles Wissenswerte bringen. — Donnerstag, den 26., 7 Uhr: Werner Zorn und Dr. Raymund Schmidt: Probleme der Arbeiterjugendbewegung. Diesem Vortrag gegenüber ist Kritik geboten, doch kann er manches Wichtige bringen.

Schlesien: Dienstag, den 24., 7 Uhr: Anna Zerfaher: Ein Gang durch die Kinderübernahmestelle in Wien. Eine Beschreibung der vorbildlichen Einrichtung der sozialistischen Gemeinde Wien ist in der Zeit der deutschen Sozialreaktion interessant und wichtig.

Das 3. Buch der „Roten Bücher“ der Marxistischen Büchergemeinde

Unsere Stellung zu Sowjetrußland

Die Widersprüche der russischen Revolution • Die Irrwege und Fehler der Revolutionäre • Der Aufbau im Fünfjahrplan • Wie soll man und wie darf man nicht zu Sowjetrußland Stellung nehmen?

Freie Verlagsgesellschaft m. b. H., Berlin-Tempelhof, Hohenzollerndamm 67

SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung

Bezugspreis: monatlich . . . 2,40 RM einschl. Bestellgebühr
wöchentlich . . . 0,60 RM einschl. Bestellgebühr
bei Postbezug 2,10 RM, zuzügl. 36 Pf. Zustellgebühr

BESTELLSCHEIN

Bestelle zur sofortigen Lieferung durch _____ Exemplar

„SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung“

Zentralorgan der Sozialistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Name _____

Wohnort _____

Straße _____

Diesem Bestellschein nimmt entgegen: jeder Vertrauensmann und Zeitungsabnehmer der SAP, der Briefträger, oder schicke ihn an: Sichel Zeitungs-Verlagsgesellschaft m. b. H., Berlin O 27, Magazinstraße 15-16.

MONATSSCHRIFT

Der Klassenkampf

„Der Klassenkampf“ erscheint am 1. Dezember in seiner alten Form weitert

Nicht im Laub-Verlag, sondern in der Freien Verlagsgesellschaft m. b. H., Berlin-Tempelhof, Hohenzollerndamm 67

Der Klassenkampf

ist eine Monatsschrift, herausgegeben von Max Adler, Kurt Rosenfeld, Max Seydewitz, H. Strobel, mitbegründet von Paul Lepp

Der Klassenkampf

ist das Diskussionsorgan über alle Fragen der Politik und Wirtschaft im In- und Ausland

Der Klassenkampf

ist die Tribune des freien Geistes und der freien Meinung

Der Klassenkampf

ist der Wegweiser zur marxistischen Theorie und Praxis

Der Klassenkampf

ist das theoretische Diskussionsorgan der Sozialistischen Arbeiter-Partei

Der Klassenkampf

kostet pro Heft 45 Pf. und ist zu bestellen beim zuständigen Postamt, beim örtlichen Literaturbmann der Sozialistischen Arbeiter-Partei oder direkt bei der Freien Verlagsgesellschaft m. b. H., Berlin-Tempelhof, Hohenzollerndamm 67

Alle Zahlungen nur den „Klassenkampf“ sind zu richten an die „Freie Verlagsgesellschaft“, Postscheckk. Bln. 151261